



# RECHENSCHAFTSBERICHT

## des Vorstands für die Wahlperiode 11/2003 – 11/2005

Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 60492 -0 Fax: +49 (0) 228 60492-19

Büro Berlin: Voßstr. 1, D-10117 Berlin  
Tel.: +49 (0) 30 2888 356-0 Fax: +49 (0) 30 2888 356-1

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

Spendenkonto 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

# Inhalt

<b>1</b>	<b>AKZENTE SETZEN IN EINER SICH SCHNELL VERÄNDERNDEN WELT .....</b>	<b>4</b>
1.1	Der Globalisierungsdruck nimmt zu .....	5
1.2	Der hohe Ölpreis verändert die politische Debatte .....	5
1.3	"Sicherheit" wird neu definiert.....	5
1.4	Der Zusammenhang von Umwelt, Entwicklung und Sicherheit wird dramatisch vor Augen geführt.....	7
1.5	Epochale Verschiebungen, vor allem durch die Entwicklung in China und Indien .....	8
1.6	Der Konflikt um die Rolle des multilateralen Systems und um eine unipolare Weltordnung .....	8
1.7	Die Festung Europa und die Krise der EU.....	9
<b>2</b>	<b>UNTERSCHIEDE BEWIRKEN, DIE EINEN UNTERSCHIED MACHEN: SCHWERPUNKTE DER TÄTIGKEIT VON GERMANWATCH 11/2003 BIS 11/2005.....</b>	<b>11</b>
<b>2.1</b>	<b>Welthandel und Ernährungssicherung .....</b>	<b>11</b>
2.1.1	Unterbieten Verboten: Kein Dumping von Lebensmitteln! .....	12
2.1.2	"Faire Regeln im Weltagrarhandel!" .....	13
2.1.3	Die Reform der Europäischen Agrarpolitik.....	13
2.1.4	UNCTAD-Konferenz 2004 in Brasilien.....	15
2.1.5	Germanwatch-Dialogprojekt zur Reform der EU-Zuckermarktordnung .....	16
2.1.6	Sonder- und Vorzugsbehandlung von Entwicklungsländern im Welthandelssystem .....	17
<b>2.2</b>	<b>Klimaschutz und -verantwortung .....</b>	<b>17</b>
2.2.1	Kyoto und EU-Emissionshandel .....	18
2.2.2	Live-Satellitenbilder machen Schule: Die Klimaexpedition .....	19
2.2.3	Klima-AUSBADE-Kampagne: Prägante Fallbeispiele für Konsequenzen des Klimawandels in Entwicklungsländern .....	20
2.2.4	Flugverkehr und Klimaschutz: atmosfair-gGmbH gegründet .....	23
2.2.5	Renewables 2004: Erneuerbare-Energien-Konferenz in Bonn.....	25
2.2.6	Aktive Begleitung der Diskussionen um CO <sub>2</sub> -Abscheidung und -Lagerung.....	26
2.2.7	Auf dem Weg zu einer Klima-Versicherung der Nichtversicherbaren.....	26
2.2.8	Zivile Krisenprävention – Umwelt und Ressourcen.....	27
<b>2.3</b>	<b>Unternehmensverantwortung.....</b>	<b>27</b>
2.3.1	Von KodexWatch zu Unternehmensverantwortung.....	27
2.3.2	Internationale Vernetzung .....	30
2.3.3	Der Zusammenhang von Corporate Governance und Corporate Responsibility .....	30
<b>2.4</b>	<b>Nachhaltig Investieren .....</b>	<b>31</b>
2.4.1	Die private mit der gesellschaftlichen Zukunftsvorsorge verknüpfen.....	31
2.4.2	Klimabezogene Chancen und Risiken für den Finanzmarkt .....	33
<b>2.5</b>	<b>Die Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit unter der Lupe.....</b>	<b>33</b>
<b>2.6</b>	<b>Kooperation mit Worldwatch: Partnerschaft auf der Suche, Sicherheit neu definieren und Konsum neu gestalten .....</b>	<b>33</b>
<b>2.7</b>	<b>Die Stiftung Zukunftsfähigkeit.....</b>	<b>35</b>
<b>3</b>	<b>ENTWICKLUNG DES VEREINS .....</b>	<b>36</b>
<b>3.1</b>	<b>Geschäftsstellen und MitarbeiterInnen .....</b>	<b>36</b>
3.1.1	Finanzielle Herausforderungen .....	36
3.1.2	Der Vorstand von Germanwatch 11/2003-11/2005.....	36
3.1.3	MitarbeiterInnen .....	37
<b>3.2</b>	<b>Öffentlichkeits- und Pressearbeit.....</b>	<b>38</b>
<b>3.3</b>	<b>Ausblick.....</b>	<b>39</b>

*Der Germanwatch-Vorstand legt hiermit einen politischen Rechenschaftsbericht über seine gesamte Amtsperiode vor, d.h. über den Zweijahreszeitraum 11/2003 bis 11/2005. Da zahlreiche Projekte sich über die beiden Jahre erstreckt haben, hat sich diesmal diese Form eines Doppelberichtes angeboten. Auf der Mitgliederversammlung im November 2004 haben wir im Rahmen einer Präsentation bereits über die wichtigsten Projekte berichtet – diese Darlegungen sind in den vorliegenden Bericht mit eingeflossen.*

# 1 Akzente setzen in einer sich schnell verändernden Welt

Die beiden Berichtsjahre waren weltweit von dynamischen Entwicklungen geprägt, die nicht ohne Einfluss auf unsere Arbeit bleiben. Die Welt verändert sich schneller als jemals zuvor in (relativen) Friedenszeiten. Die Änderungen haben auch das Potenzial, die Nord-Süd- und Nachhaltigkeitsdebatte maßgeblich zu verändern. Aber sie bestärken uns in unseren Zielen und unserer Arbeitsweise (siehe Kasten). Einige der für unsere Arbeit relevanten Veränderungen seien in diesem Kapitel kurz angesprochen.

## Erkennungsmerkmale von Germanwatch

### Was uns antreibt

*Der Norden muss sich ändern, damit der Süden eine Chance hat*

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten.

### Wie wir arbeiten

*Gemeinsam mit den Betroffenen*

Wir arbeiten in enger Abstimmung mit Organisationen und Menschen aus Entwicklungsländern, geben ihnen ein Podium und unterstützen sie. So haben wir z. B. Baumwollbauern aus Mali, philippinischen Klimaschützern und mexikanischen Arbeitern geholfen, ihre Anliegen in Deutschland öffentlich zu machen.

*Vernetzen*

Zur Umsetzung unserer Ziele sind wir eng mit anderen Organisationen in Deutschland, Europa, in den USA und im Süden vernetzt. So sind wir z.B. Mitglied im Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO), im Deutschen Naturschutzring (DNR), dem Forum Umwelt & Entwicklung, dem Forum Nachhaltige Geldanlagen, und den NGO Netzwerken OECD Watch sowie Climate Action Network Europe (CAN). Wir kooperieren eng mit dem Worldwatch-Institut aus Washington.

*Strategische Allianzen suchen*

Gegen einheitlichen Widerstand der Industrie lassen sich die notwendigen Fortschritte selten durchsetzen. Daher versuchen wir auch in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen. So verbessern wir im Dialog mit der Wirtschaft nicht nur unsere politischen Chancen, beide Seiten lernen auch dabei.

*Einmischen und verändern*

Wir überlassen Lobbyarbeit nicht denjenigen, die alleine ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen wollen. Wir selbst sind "andere" Lobbyisten – für umwelt- und entwicklungspolitische Belange! Germanwatch will wichtige Themen auf die politische Agenda setzen und nimmt mit konkreten Vorschlägen Stellung. Durch konstruktive Kritik, Fachgutachten und Fachwissen bringen wir wichtige Themen in die Diskussion. Mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung.

## **1.1 Der Globalisierungsdruck nimmt zu**

Durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck, den u.a. die Globalisierungstendenzen bei Handel, Investitionen und Herstellung erzeugen, geraten Themen wie Nord-Süd-Gerechtigkeit und globaler Umweltschutz zunehmend in die Defensive. Einerseits werden soziale und ökologische Rahmensetzungen immer häufiger als Wettbewerbshemmnis wahrgenommen. Die zentrale entwicklungspolitische Forderung nach gleichen Chancen für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern oder auch die Entstehung von Arbeitsplätzen in China und Indien, aber auch in Indonesien, Ecuador oder Kenia, werden zunehmend als Bedrohung für die Menschen hier wahrgenommen: "Armutslinderung ja, aber Entwicklung der Süd-Akteure zu gleichberechtigten Handelspartnern und Wettbewerbern, das doch lieber nicht."

Andererseits verstärkt die politisch gewollte Selbsteinschränkung des politischen Handlungsspielraums, die im Globalisierungsdruck zum Ausdruck kommt, den Eindruck großer Teile der Bevölkerung, zur politischen Ohnmacht verdammt zu sein.

**Für Germanwatch als Nichtregierungsorganisation, die zum politischen Handeln ermutigen will, ist das eine zentrale Herausforderung. Sie versteht es als eine zentrale Aufgabe, mit guten Argumenten die Bereitschaft für ein Engagement in Richtung Nord-Süd- und Umweltgerechtigkeit zu fördern. Da wir aber wissen, dass noch so gut begründete moralische Argumente alleine die Welt nicht verändern, suchen wir gezielt nach strategischen Allianzen, damit auch handfeste Interessen in die Waagschale für angestrebte Reformen fallen. Doch nur die Rahmensetzung durch den notwendigen Aus- und Umbau von Global-Governance-Strukturen kann dazu führen, dass immer mehr Akteure zugleich ihre eigenen Interessen verfolgen können und fundamentale Ziele wie das Recht auf Ernährungssicherheit oder die Abwehr eines gefährlichen Klimawandels befördern. Unter den heutigen Rahmensetzungen ist es nur für einen kleinen Teil von Akteuren möglich, beides zugleich zu realisieren.**

## **1.2 Der hohe Ölpreis verändert die politische Debatte**

Der steigende Ölpreis und die Notwendigkeit der Verringerung von Treibhausgasen werden die Diskussion aber auch große Veränderungsprozesse auf allen Ebenen und in allen Regionen in den nächsten Jahren weltweit bestimmen. Germanwatch hat sich in den vergangenen Jahren massiv und kompetent für die Weiterentwicklung des internationalen Klimaregimes nach 2012, für die nächste Phase des EU-Emissionshandels und den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien eingesetzt. Die hohen Öl- und Gaspreise verändern die Debatte. Für viele Entwicklungsländern sind die fossilen Energien nur noch schwer oder gar nicht mehr zu bezahlen. Der Ölpreisanstieg kostet die Entwicklungsländer seit 2004 mehr, als die gesamte weltweite Entwicklungshilfe ausmacht. Selbst US-Präsident Bush ruft vor dem Hintergrund der hohen Ölpreise inzwischen zum Energiesparen auf. Die Fragen nach Energieversorgungssicherheit und Klimasicherheit (Schutz vor einem gefährlichen Klimawandel) dynamisieren zumindest teilweise gemeinsam den schrittweisen Abschied von den fossilen Energieträgern – hin zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energieträgern.

**Germanwatch wird bei seinem künftigen Engagement für ein internationales Klimaregime versuchen, die Dynamik auszunutzen, die die hohen Öl- und Gaspreise für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien erzeugt haben. Es wird aber auch die Konsequenzen des rasanten Anstiegs der Nutzung von Methanol und anderen Bio-Treibstoffen für die Kleinbauern und die Artenvielfalt kritisch begleiten.**

## **1.3 "Sicherheit" wird neu definiert**

Leider hat sich die Befürchtung bestätigt, dass der Irak-Krieg die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer gemacht hat. Zu Beginn der Invasion stand die Analyse der US-Regierung, dass man im Irak mit Gewalt ein stabiles, demokratieähnliches Gebilde nach westlichem Muster installieren könne. Zwei-

einhalb Jahre später bleibt die Erkenntnis, dass sich Demokratie nicht erzwingen lässt, dass selbst die USA das von ihr erzeugte Machtvakuum nicht füllen konnten, dass sie vielmehr an der Bruchstelle jahrhundertealter regionaler und religiöser Konflikte mehr Instabilität erzeugt und dem Terror eine Brutstätte geliefert hat. Jetzt ist der Irak zu dem geworden, was er vorher nicht war: Zu einem wichtigen Aufrüstungsort für Al Kaida. Timothy Ash hat kürzlich auf eine weitere bittere Ironie des Krieges hingewiesen: Wenn einer, dann hat der schiitische Nachbar Iran den Krieg "gewonnen" – ein weiteres Mitglied der vom US-Präsidenten Bush ausgerufenen "Achse des Bösen". Der Krieg hat ausgerechnet die Macht gestärkt, mit der sich der Konflikt um ihr Atomprogramm und die Horrorvisionen ihres Regierungschefs von der Vernichtung Israels weiter zuspitzt. Ein auf Lug und Trug aufgebauter Krieg hat nicht etwa der UNO, die das Mandat zum Krieg verweigert hat, sondern der Regierung der einzigen Supermacht USA vielerorts einiges an Vertrauen und Legitimität gekostet.

Die beiden vergangenen Jahre mit ihren vielen Terroranschlägen in mehreren Teilen der Welt – in Europa etwa die Anschläge in der Türkei, in Madrid und in London – haben gezeigt, dass wir tatsächlich auf absehbare Zeit mit der Gefahr des Terrorismus leben müssen. Staat und Polizei müssen sich darauf einstellen. Doch ein Krieg, der in vielen Regionen die Sympathie für Al Kaida erhöht, der den Irak zum Trainingslager für Terroristen macht, der die Glaubwürdigkeit des Westens unterhöhlt, ist kaum das geeignete Gegenmittel. Der Begriff "Krieg" in einem Konflikt mit einem nicht an ein festes Territorium gebundenen Gegner mag ohnehin ein Kategorienfehler sein. Und er mag ablenken von der doppelten Notwendigkeit, die miteinander verwobenen Probleme der sich auflösenden Staatsstrukturen in etwa 25 Staaten dieser Welt (Dirk Messner) sowie die sich weltweit ausbreitenden Strukturen der "privatisierten Gewalt" (Erhard Eppler) – dieses Netz aus Waffen-, Drogen- und Menschenhandel sowie privaten oder privatisierten Polizei- und Militärstrukturen – entschieden anzugehen.

Der Versuch, in Staaten, die sich in Auflösung befinden, von außen den Aufbau minimaler Standards zu unterstützen, die Grundlage jeder sinnvollen Entwicklung sind, ist ein teures und schwieriges Unterfangen mit vielen möglichen Holzwegen, wie nicht nur der Kosovo und Afghanistan zeigen.

**Für Germanwatch ist es in diesem Zusammenhang zentral, sich für eine Neudefinition des militärisch enggeführten Sicherheitsbegriffes einzusetzen. Ganz in diesem Sinne hat der am 1. Dezember 2004 vorgelegte Bericht des *UN High Level Panel on Threats, Challenges and Change* formuliert: "Jedes Ereignis oder jeder Prozess, der zu hohen Todesraten oder zu einer großflächigen Verringerung von Lebenschancen führt und Staaten als die Basiseinheit des internationalen Systems unterminiert, ist eine Bedrohung für die internationale Sicherheit."<sup>1</sup>. UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte sich die Substanz des Berichtes in seiner Ansprache zur Reform der UNO vom 31.5.2005 zu eigen gemacht hat.**

Auch Germanwatch hat sich im Jahr 2005 gemeinsam mit dem Worldwatch Institute und der Heinrich-Böll-Stiftung anlässlich der Vorstellung des deutschen Berichtes "Zur Lage der Welt 2005. Globale Sicherheit neu denken" für einen erweiterten Sicherheitsbegriff eingesetzt. In der zweiten Hälfte des Jahres 2005 haben Germanwatch und adelphi research ein dreijähriges gemeinsames Projekt *Zivile Krisenprävention – Umwelt und Ressourcen*<sup>2</sup> gestartet, das vom Bundesumweltministerium gefördert wird. Hauptbestandteile des Projektes sind ein Newsletter, eine Informationsplattform und Dialogveranstaltungen, um den gesellschaftlichen Dialog zum Zusammenhang zwischen Umwelt-, Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik zu befördern (siehe auch unten).

---

<sup>1</sup> "Any event or process that leads to largescale death or lessening of life-chances and undermines States at the basic unit of the international system is a threat to international security"; Übersetzung ins Deutsche von Germanwatch;

<sup>2</sup> <http://www.krium.de>

## **1.4 Der Zusammenhang von Umwelt, Entwicklung und Sicherheit wird dramatisch vor Augen geführt**

Dass nicht nur der Terrorismus Sicherheitsprobleme bringt, haben die beiden letzten Jahre sehr deutlich vor Augen geführt. Die Jahre 2004 und 2005 waren neue Rekordjahre für Umwelt- und insbesondere Wetterkatastrophen weltweit. Zwei der großen Umweltkatastrophen – nur eine davon eine wetterbezogene – fanden in den westlichen Medien besonders ausführliche Berücksichtigung. Einige der Ergebnisse der Analyse dieser "Natur"katastrophen sind für die weitere Arbeit von Germanwatch besonders wichtig:

- Sowohl beim Tsunami in Südostasien als auch bei der sturmbedingten Überschwemmungskatastrophe in New Orleans, aber auch bei in den Medien viel weniger prominent diskutierten Katastrophen (Hurrikan Stan, Überschwemmungen in China usw.) war eine Lektion ganz klar: Die Armen sind die Hauptbetroffenen.
- Offensichtlich wurde auch ein Problem unserer Medien, dessen US-spezifische Variante nach New Orleans als "Rassismus der Berichterstattung" diskutiert wurde. Wenn weiße Menschen in Geschäften gefilmt wurden, dann "versorgten sie sich mit dem Notwendigsten". Bei schwarzen wurde hingegen meist von "Plünderern" gesprochen. Beim Tsunami wurde weltweit so breit berichtet (und waren so viele Kameras vor Ort), weil auch viele westliche Touristen betroffen waren. In diesem Fall war es ein positiver "Mitnahmeeffekt", dass diese Einseitigkeit dann auch in den Medien selbst diskutiert wurde. Offensichtlich war dann aber wieder, dass bei katastrophalen Ereignissen in Entwicklungsländern – etwa dem kurz nach Hurrikan Kathrina durch Mittelamerika fegenden Hurrikan Stan – , weit weniger berichtet wurde, obwohl die Zahl der Todesopfer und der existenziell betroffenen Menschen sogar größer war. In den Nachrichten gab es fast nur Kurzberichte und selbst in den überregionalen Zeitungen waren Berichte überwiegend auf der Seite "Vermischtes" zu finden. Dies führte dazu, dass diese Katastrophe in der breiten Bevölkerung kaum wahrgenommen wurde. Auch das jüngste Erdbeben in Pakistan mit über 80 000 Toten hat relativ wenig Presseresonanz und dementsprechend auch geringe Spendenbereitschaft gefunden.
- Hochinteressant für uns ist auch, dass sich die wissenschaftliche Debatte um den Zusammenhang von Hurrikanen und globalem Klimawandel deutlich konkretisiert. Als Zwischenergebnis ist festzuhalten: Der Zusammenhang des globalen Klimawandels zur Zahl der Hurrikane lässt sich bislang nicht nachweisen. Aber die Intensität der Hurrikane hat seit den 70er Jahren deutlich zugenommen. Die Zahl der Hurrikane der besonders zerstörerischen Kategorien 4 und 5 ist um mehr als 50% gestiegen. Es scheint auch klar, dass die gestiegene Oberflächentemperatur der Meere wohl die wichtigste Ursache für diese Zunahme ist. Bei diesem Anstieg der Oberflächentemperatur überlagern sich natürliche Schwankungen und die Konsequenzen der globalen Erwärmung. Es ist aber eindeutig, dass in Zukunft die globale Erwärmung die Bedeutung der natürlichen Schwankungen deutlich übersteigen wird.
- Die Katastrophe in New Orleans hat auch verdeutlicht, dass der häufig unterstellte Zusammenhang, ein im Durchschnitt höheres Bruttosozialprodukt pro Kopf verringere die Verletzlichkeit einer Gesellschaft, sich nicht halten lässt. Der Grad der Armut und der Zerstörung des sozialen Kapitals (etwa durch Konflikte, HIV, Kluft zwischen arm und reich usw.) der vor Ort betroffenen Bevölkerung sowie der Bestand funktionierender staatlicher Strukturen gehören sicherlich zu den wichtigsten Indikatoren für die Verletzlichkeit einer Gesellschaft; aber nicht unbedingt der Durchschnitt des Bruttosozialproduktes. So wurde niemand in Kuba getötet, als der Hurrikan Ivan – der intensivste der letzten 50 Jahre – Kuba traf, während der selbe Sturm, nachdem er sich abgeschwächt hatte, noch 25 Menschen in den USA tötete. Auch Bangladesch, obwohl eins der ärmsten Länder der Welt, kann kurzfristig 33.000 gut organisierte Freiwillige organisieren, wenn einer der großen Stürme das Land zu treffen droht.

**Germanwatch hat vielfältige Kontakte in Ländern des Südens geknüpft, um gemeinsam Lücken beim Grad der Vorbereitung auf Katastrophen (Disaster Preparedness) vor allem bei den besonders verwundbaren Menschen zu identifizieren und – auch mit der Unterstützung der Industrieländer – diese Lücken zu füllen. Diese Kontakte kamen sowohl bei der Konferenz der**

**Münchener Rück Stiftung am 16./17. November 2005 in München, bei der Germanwatch mitgewirkt hat, als auch bei der Germanwatch-Konferenz am 18. November 2005 in Bonn zum Tragen.**

## ***1.5 Epochale Verschiebungen, vor allem durch die Entwicklung in China und Indien***

Wenn das Erwachen der asiatischen Riesen China und Indien und anderer großer Schwellenländer im derzeitigen atemberaubenden Tempo weitergeht, wird dies in wenigen Jahrzehnten die ökonomischen und politischen Gewichte sowie die ökologischen Herausforderungen auf diesem Globus dramatisch verändern. Bereits heute sind die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten – nicht nur, aber am deutlichsten auf dem Ölmarkt – oder etwa auf den Devisenmärkten maßgeblich von diesen neuen Schwergewichten geprägt. Die Bedingungen des Welthandels verändern sich maßgeblich. Obwohl schon die derzeitigen Veränderungen kaum zu übersehen sind, sind diese wohl nur das Vorspiel für weit größere "tektonische Verschiebungen" (Messner). Vermutlich wird die Wirtschaftsleistung Chinas etwa im Jahr 2010 die der deutschen Wirtschaft überholen. Im Falle von Indien wird dies wohl zwischen 2020 und 2035 der Fall sein. Wenn die Entwicklung in China wie erwartet weitergeht, wird es etwa 2040 die USA als stärkste Wirtschaftsmacht überholen. In allen Sektoren drängt China auf den Weltmarkt. Vor zehn Jahren wurden weltweit zehn Prozent der Industrieproduktion aus Schwellenländern eingeführt, im Jahr 2020 soll der Anteil schon bei 50 Prozent liegen. Sowohl in China als auch in Indien wächst aber auch die Kluft zwischen arm und reich. In Indien leben schon mehr als 80 Millionen Menschen mit einem Einkommen über dem deutschen Durchschnittseinkommen. Zugleich lebt etwa die Hälfte der Armen dieser Welt in dem Land. Aber nicht nur ökonomisch, auch demographisch verschieben sich die Gewichte in dieser Welt dramatisch weiter. Noch 1950 lebte die Hälfte der Weltbevölkerung in den westlichen Industriestaaten. Heute sind es noch etwa 30% der Menschen. Im Jahr 2030 werden es nur noch etwa 10% sein.

**Sowohl in den WTO-Verhandlungen als auch in den internationalen Klimaverhandlungen – beide für Germanwatch hoch relevant – sprengen diese epochalen Verschiebungen bereits den klassischen Verhandlungsrahmen. An den Interessen der führenden Schwellenländer vorbei lässt sich ein Konsens nicht mehr organisieren.**

**Die sprachlichen Raster "Nord-Süd", "entwickelt-unterentwickelt" werden angesichts dieser Entwicklungen zunehmend zu Phantombegriffen, die nur aus Verlegenheit mangels besserer terminologischer Alternativen noch eine Existenzberechtigung haben. Die Gewichte in dieser Welt verschieben sich schneller als unsere sprachlichen Kategorien. Auch das stellt für Germanwatch als Nord-Süd-Initiative eine ganz besondere Herausforderung dar.**

## ***1.6 Der Konflikt um die Rolle des multilateralen Systems und um eine unipolare Weltordnung***

Aus einer etwas langfristigeren Perspektive betrachtet scheint der Versuch der derzeitigen US-Regierung absurd, das multilaterale System immer dann in den Hintergrund zu schieben, wenn es nicht mit den strategischen Interessen der USA harmoniert, und statt dessen auf eine unipolare Weltordnung zu setzen. Strategien zur Verringerung des enormen Wohlstandsgefälles der Weltgesellschaft, zur Reaktion auf ökologische und andere kollektive Gefährdungen oder zur interkulturellen Verständigung erfordern transnationale Verhandlungssysteme. Einige klassische Ordnungsfunktionen des Staates könnten gar auf eine supranationale Weltorganisation übertragen werden, die sich auf die Funktion der Friedenssicherung und der Durchsetzung der globalen Menschenrechte spezialisiert.

Den Versuch einer Marginalisierung nach der verweigerten Zustimmung zum Irak-Krieg haben die Vereinten Nationen gut überstanden. Der UN-Gipfel im September 2005 in New York hat leider längst nicht alle notwendigen Reform-Durchbrüche erzielt, aber immerhin Rückschläge vermieden und die Möglichkeit für weitere Reformen offen gehalten. Die Chancen, die so lautstark beschworenen

Millenniums-Entwicklungsziele zur weltweiten Armutsbekämpfung<sup>3</sup> jetzt noch zu erreichen, sind allerdings deutlich gesunken.

**Germanwatch wird sich weiter für die in Angriff genommene, aber nicht gelungene überfällige UN-Reform an Haupt und Gliedern einsetzen. Die Millenniums-Entwicklungsziele sind ein wichtiger Referenzrahmen für unsere Tätigkeit der nächsten Jahre. Dabei werden für uns die beiden Themen Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung sowie Armutsbekämpfung und Klimawandel im Zentrum stehen.**



Oystein Dahle (l.) und John Ashton (r.) auf der Diskussionsveranstaltung "Nachdenken über Weltverantwortung - Globale Herausforderungen und transatlantische Erfordernisse", Bonn 14.4.05 (siehe auch Kap. 2.7)

## **1.7 Die Festung Europa und die Krise der EU**

Als der Schweizer Jurist und Journalist Beat Leuthardt 1994 sein Handbuch "Festung Europa" veröffentlichte, musste er sich anhören, dass es eine solche Festung nicht gebe. "Zeigen Sie uns die Opfer dieser Festung" wurde ihm von EU-Parlamentariern entgegengehalten. Heute weiß jeder Nachrichtenkonsument und Zeitungsleser, wo diese Opfer zu finden sind. In Containern, aus denen man sie, in Dover oder in Kiefersfelden, erstickt herauszieht. Italienische Fischer wurden 2004 zitiert: "Wir haben keine Garnelen, sondern Leichen in den Netzen – das ist die Situation im Mittelmeer vor der libyschen Küste". 18 Millionen Afrikaner sind heute nach Schätzungen von Klaus Töpfer, Leiter des UN-Umweltprogramms und Germanwatch-Ehrenmitglied, seit Jahren auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Bürgerkrieg und Folter, vor Umweltkatastrophen, Hunger und Armut. Sie werden angezogen von einem Leben, das wenigstens etwas besser ist. Europa nimmt davon nur Kenntnis, wenn zerlumpte Menschen in dem Stacheldraht vor Ceuta und Mellila hängen bleiben, wenn spanische Grenztruppen auf Menschen schießen. Seit den Londoner Beschlüssen von 1992 hat sich die EU mit Bauplänen für die Festung Europa befasst – mit Zäunen aus Paragraphen, und schließlich wurden Hunderte Millionen Euro in die Bewachung der Außengrenzen investiert. Es ist zu hoffen, dass der frühere (und voraussichtlich auch neue) Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble an die 1990 unter seinem Vorsitz vorgelegten Erkenntnisse einer CDU-Arbeitsgruppe "Flüchtlingskonzeption" anknüpft, die sich Gedanken über die Bekämpfung der Fluchtursachen machte. Glaubwürdige Konzepte zur Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich an den Grenzen der EU sind hier gefragt.

Die Krise nach der Ablehnung der EU-Verfassung durch die WählerInnen in Frankreich und den Niederlanden hat die Möglichkeit der erweiterten EU, eine starke Rolle im multilateralen Dialog zu spielen, zunächst erheblich reduziert. Bei vielen Verhandlungen im UN-Kontext erleben wir, dass die EU aufgrund ihres Zwanges zur Einstimmigkeit mehr mit sich selbst verhandeln muss, als die Zeit zu Verhandlungen mit anderen nutzen zu können. Bei jedem neuen Vorschlag einer anderen Seite muss sich die EU erst einmal für Stunden, wenn nicht Tage mit sich selbst beschäftigen, statt mit anderen Staaten darüber verhandeln zu können. In der jetzigen Form ist die EU nur begrenzt handlungsfähig. Wie ein Damoklesschwert hängt nun, da eine gemeinsame Außenpolitik zunächst einmal gescheitert ist, zudem die Gefahr über ihr, dass sie sich – wie beim Irakkrieg – auch bei anderen zentralen Debatten auseinanderdividieren lässt.

<sup>3</sup> Millennium Development Goals, siehe <http://www.un.org/millenniumgoals>

Allerdings kann die EU realistischerweise nur auf die Unterstützung ihrer Verfassung hoffen, wenn die BürgerInnen und Bürger nicht das Gefühl haben, dass sie mit der Verfassung eine Selbstentmündigung unterschreiben; ohne eine konsistente Nachhaltigkeitsstrategie der EU, die soziale, ökologische und kulturelle Fragestellungen ernst nimmt, die Transparenz und Mitentscheidungsmöglichkeiten schafft, wird das kaum gelingen. Eine Strategie, die alleine auf mehr Wettbewerb, Wachstum und eine einseitige Modernisierung setzt (Lissabon-Prozess), wirkt einem solchen Konsens entgegen, schafft nicht das notwendige Vertrauen.

**Germanwatch hat in den vergangenen zwei Jahren seine Präsenz auf EU-Ebene – u. a. in der Kooperation mit Worldwatch, OECD Watch und dem Climate Action Network Europe (CAN Europe) deutlich erhöht. Es ist eine Frage der Kapazitäten, wie weit wir diese sehr wichtige Arbeit im bisherigen Umfang aufrechterhalten oder gar weiter ausbauen können.**

## **2 Unterschiede bewirken, die einen Unterschied machen: Schwerpunkte der Tätigkeit von Germanwatch 11/2003 bis 11/2005**

Germanwatch konzentriert seine Aktivitäten auf politisch zentrale Themenbereiche, in denen wir unsere Stärken sehen. Unsere fünf thematischen Schwerpunkte sind:

- Welthandel und Ernährungssicherung,
- Klimaschutz und -verantwortung,
- Unternehmensverantwortung,
- Nachhaltig Investieren
- und Entwicklungsfinanzierung.

In diesen fünf Bereichen wollen wir "Unterschiede bewirken, die tatsächlich einen Unterschied machen". Wir drängen auf notwendige Strukturveränderungen in Deutschland und anderen Industriestaaten, um gerade auch die Chancen armer Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten.

Die Millenniumsentwicklungsziele zur weltweiten Armutsbekämpfung sind ein wichtiger Referenzrahmen für uns. Wir fordern, dass die deutsche Regierung zu ihren Versprechungen steht. Auch im Rahmen der UN-Dekade "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" setzen wir uns ein.

Im Folgenden stellen wir wichtige Schwerpunkte und Ergebnisse der Arbeit von Germanwatch zu unseren fünf thematischen Schwerpunkten in den vergangenen zwei Jahren dar.

### **2.1 Welthandel und Ernährungssicherung**

Die Weltagrarmärkte brauchen Reformen. Die vorhandenen Verzerrungen durch die agrarpolitischen Systeme der EU und der USA bedürfen dringender Korrekturen. Dabei gibt es keine einfachen Lösungen, sondern für viele Agrarprodukte müssen pragmatische Lösungen gefunden werden, die es insbesondere ärmeren oder marginalisierten Produzenten in Entwicklungsländern erlauben, langfristig ein Einkommen zu erzielen. Manche Verzerrungen – wie das durch Exportsubventionen ausgelöste Dumping – können vor allem durch eine Liberalisierung der Agrarmärkte, d.h. Abbau der Subventionierung, reduziert werden. Andere Herausforderungen wie die Ermöglichung lokaler Vermarktung und Weiterverarbeitung von Agrarprodukten in Entwicklungsländern erfordern Schutzmöglichkeiten beispielsweise für marginalisierte Kleinbauern. Es ist eine der großen Herausforderungen für die politische Advocacy und Lobbyarbeit von Germanwatch, dass es gerade im für Arme und Hungernde ausgesprochen wichtigen Agrarhandelsbereich keine einfachen Rezepte (Liberalisierung oder Abschottung) gibt, sondern oftmals widerstreitende Interessen bei der Suche nach angemessenen Lösungen beachtet werden müssen. Leitbild für die Arbeit von Germanwatch ist dabei die Unterstützung von Reformen, mit deren Hilfe sich die Situation der besonders marginalisierten Kleinbauern verbessern lässt und gleichzeitig nachhaltige Landnutzungsformen unterstützt und gefördert werden.

Die zu schnelle Liberalisierung der Agrarmärkte im Süden gefährdet die Existenz vieler dort produzierenden Bauern. Billigimporte etwa von Zucker und Milch auch aus der EU unterbieten mit Dumping die lokalen Preise und gefährden so die Absatzmärkte und Einkommensgrundlage der einheimischen Kleinbauern. Hunger und Armut sind die Folge. Germanwatch setzt sich für faire Regeln im Agrarhandel ein. Auch gilt es, das Agrarabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) am Menschenrecht auf Nahrung auszurichten. Zusammenfassend drängen wir die Industrieländer dazu, mit dem Export von Überschüssen zu Dumpingpreisen aufzuhören und setzen uns dafür ein, dass ärmeren Entwicklungsländern im Welthandelsrecht die Möglichkeit eingeräumt wird, eine armutsorientierte, wirkungs-

volle Agrarpolitik ergreifen zu können. Dies muss das Recht umfassen, sich gegen Billigimporte zu schützen und eigene agrarpolitische Maßnahmen ergreifen zu dürfen.

### 2.1.1 Unterbieten Verboten: Kein Dumping von Lebensmitteln!

Durch den Verkauf europäischer Lebensmittel unterhalb der tatsächlichen Produktionskosten werden lokale Marktpreise in den Entwicklungsländern unterboten. Die Folge: Kleinbauern werden ihrer Absatzmärkte und damit ihrer Einkommensgrundlage beraubt.

Die Produktion vieler landwirtschaftlicher Güter (z.B. Baumwolle, Milch, Zucker, Getreide, Fleisch) in Europa oder den USA ist aufgrund der Standortbedingungen teuer. An vielen Standorten ist die Landwirtschaft auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig, wie in weiten Teilen der Mittelgebirge Deutschlands oder in Skandinavien. Entwicklungspolitisch ist an der derzeitigen Agrarpolitik der Industrieländer besonders problematisch, dass die Formen der Subventionierung zu Überschüssen führen, die dann exportiert werden müssen, und dadurch lokale Märkte in Entwicklungsländern destabilisiert werden. Bestimmte Agrarprodukte werden in den Industrieländern so hoch subventioniert, dass sie unterhalb der eigentlichen Herstellungskosten verkauft werden können. Produzenten in Entwicklungsländern verlieren dadurch ihren Zugang sowohl zu lokalen wie auch regionalen oder internationalen Märkten.

Die Folgen dieser künstlichen Verbilligung sind verheerend: Sowohl lokale Preise als auch Weltmarktpreise werden unterboten und fallen ins Bodenlose, Märkte werden zerstört. Am meisten leidet darunter das schwächste Glied der Nahrungsmittelkette: Kleinbauern und deren Familien in Entwicklungsländern. Sie genießen nicht das Privileg eines geschützten Binnenmarktes. Die Lebensgrundlage der Ärmsten der Armen wird zerstört.

Entwicklungsländern muss deswegen innerhalb der WTO das Recht zugestanden werden, ihre Märkte gegen ein solches Dumping zu schützen. Mit der entsprechenden Reform der europäischen Agrarpolitik muss gleichzeitig das Problem an der Wurzel gepackt werden und indirekte und direkte Exportsubventionen müssen abgeschafft werden. Dafür hat sich die Germanwatch-Kampagne "Unterbieten Verboten" eingesetzt.

Um das zu erreichen, hat sie in einem ständigen Dialog mit Politik und Wirtschaft kritisch die Arbeit der Regierungen in Berlin und Brüssel beobachtet und durch Medien- und Öffentlichkeitsarbeit die Bereitschaft zu notwendigen Denk- und Strukturveränderungen gefördert. Es gibt durchaus einiges an



Die Dumping-Kuh Alma auf dem Tag der Vereinten Nationen, Bonn 23.10.04

positiver Bewegung zu melden. Schon in den 90er Jahren kämpften wir erfolgreich gegen Dumping: damals wurde aufgrund unseres Protestes der EU-Export von gedumpte Rindfleisch nach Westafrika eingestellt! Nachdem der Startschuss der Kampagne "Unterbieten Verboten" im Jahr 2003 erfolgte, lief die Kampagne 2004 auf vollen Touren. Informationsmaterialien rund um die Kampagne und das Thema Dumping im Agrarbereich wurden erstellt. Germanwatch hat einen Flyer zum Thema "Unterbieten Verboten", verschiedene Hintergrundpapiere und eine Studie zu Dumping bei EU-Exporten am

Beispiel Milch herausgegeben.<sup>4</sup> Gleichzeitig wurde ein Bierdeckel entworfen, der als öffentlichkeitswirksames Medium innerhalb der Kampagne eingesetzt wurde.

Die Kampagne wurde im Laufe des Jahres auf mehreren Veranstaltungen vorgestellt. Bei den Aktionstagen Ökolandbau in Dortmund im Juni 2004 und beim Tag der Vereinten Nationen im Oktober in Bonn bekam die Kampagne stark publikumswirksame Unterstützung durch die Kuh "Alma" – eine über zwei Meter große, aufblasbare Figur, die über eine Geschichte auf die unfairen Bedingungen im Weltagrarhandel aufmerksam macht.<sup>5</sup> Die thematische Fortsetzung erfolgt derzeit in der Arbeit zu den Produktbeispielen Milch und Zucker.

*Verantwortlich: Brigitta Herrmann, Marita Wiggerthale*

## **2.1.2 "Faire Regeln im Weltagrarhandel!"**

Seit 1995 wird der Agrarhandel innerhalb der Welthandelsorganisation WTO geregelt, denn das Agrarabkommen war bereits Bestandteil des GATT, das mit der Gründung der WTO in diese eingegangen ist. Im Jahr 2000 wurden die Agrarverhandlungen neu aufgenommen und 2001 in die Doha-Runde integriert. Das Ende der Verhandlungsrunde und damit auch der Agrarverhandlungen war für den 1.1.05 vorgesehen. Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden. Die Verhandlungen laufen nach wie vor. Germanwatch hat auch in den beiden letzten Jahren die Verhandlungen kritisch begleitet.

Zusammen mit Euronatur hat Germanwatch im September 2004 eine höchstinteressante Delegationsfahrt mit Vertreter/innen der WTO-Delegationen der Entwicklungsländer unternommen, um auf deutschen Höfen die praktischen Auswirkungen der europäischen Agrarsubventionen in Deutschland zu sehen und zu diskutieren. Anschließend fand in Genf ein vielbeachteter Auswertungsworkshop statt, bei dem sich das Spektrum der Teilnehmer/innen um weitere Delegierte aus Deutschland und anderen EU-Staaten vergrößerte.

*Verantwortlich: Kerstin Lanje, Sarah Kahnert, Marita Wiggerthale, Michael Windfuhr*

## **2.1.3 Die Reform der Europäischen Agrarpolitik**

Germanwatch begleitet die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) kritisch und versucht darauf hinzuwirken, dass die Sicherung der Existenz der Bauern im Süden und in der EU ermöglicht, der Schutz der natürlichen Ressourcen und der Erhalt der Biodiversität gefördert wird. Germanwatch arbeitet eng mit strategisch wichtigen Partnern auf nationaler, europäischer und multilateraler Ebene zusammen, um diese Ziele zu erreichen.

Zusammen mit FIAN, Weltladendachverband und weiteren Organisationen hat Germanwatch im April 2004 eine vielbeachtete europäische Konferenz zum Thema "Ernährungssicherheit durch Beendigung des Dumpings fördern" im Europäischen Parlament in Brüssel durchgeführt, an der neben Parlamentariern, Entwicklungs- und Bauernorganisationen auch Vertreter/innen der Generaldirektionen Handel, Landwirtschaft und Entwicklung teilnahmen. Zu dieser Konferenz hat Germanwatch das Buch "Dumping beenden – Ernährungsgrundlagen im Süden sichern" in deutsch und englisch herausgegeben.<sup>6</sup>

Die GAP wird nun in einem gemeinsamen Projekt mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unter die Lupe genommen. Ziel des Projektes ist es, gemeinsame Interessen von Kleinbauern in Nord und Süd zu identifizieren und eine breite öffentliche Debatte über die europäische Agrarpolitik anzustoßen. Im Fokus stehen dabei unter anderem die Reform der Zuckermarktordnung, der Milchsektor und die so genannte "green box". Die erste Konsultation mit Vertreter/innen von Entwicklungs-, Umwelt- und Bauernverbänden hat im November 2004 stattgefunden, bei der das Projekt auf große Zustimmung stieß. Seitdem wurden weitere Konsultationstreffen abgehalten mit dem Ziel,

---

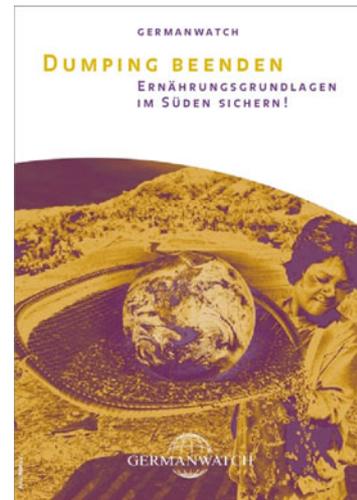
<sup>4</sup> <http://www.germanwatch.org/dumping.htm>

<sup>5</sup> <http://www.germanwatch.org/tw/dk-alma.htm>

<sup>6</sup> <http://www.germanwatch.org/tw/dk04d.htm>

eine Verbände übergreifende Position für eine entwicklungspolitische Neuorientierung der GAP zu erarbeiten. Dazu wurden unter anderem die Ergebnisse zweier Studien zur europäischen Milchmarktpolitik<sup>7</sup> und zum EU-Agrarsubventionssystem<sup>8</sup> diskutiert, die zu diesem Zweck von der AbL und Germanwatch in Auftrag gegeben wurden. Auch in diversen Diskussionsveranstaltungen mit Bauern wurden die Auswirkungen von EU-Subventionen auf die Landwirtschaft in Nord und Süd erörtert. Im weiteren Verlauf sollen die Ergebnisse der Studien und die Verbände übergreifende Position auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene (WTO-Ministerkonferenz) in den politischen Prozess eingebracht werden.

*Verantwortlich: Sarah Kahnert, Michael Windfuhr*



Das Buch "Dumping Beenden" mit Beiträgen der Konferenz vom April 2004 in Brüssel

## **EU-Milch macht sauer**

### **Bauern beklagen Dumpingpreise**

*Dieter Nürnberger / Deutschlandfunk 31.5.05<sup>9</sup>*

Am internationalen Tag der Milch haben Bauern aus aller Welt Grund zur Klage. Hierzulande setzt der Lebensmittelhandel mit Billigmilch die Lieferanten unter Preisdruck, in Entwicklungsländern bedroht die Einfuhr billiger EU-Milch sogar deren gesamten inländischen Milchmarkt.

Die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch fordern eine Milchpolitik, die den Kleinbauern das Überleben in diesen wirtschaftlich wirklich angespannten Zeiten ermöglichen soll – unter dem weltweiten Druck der Globalisierung. Und dabei denken diesen beiden Organisationen nicht nur an Europa, sondern vor allem auch an die Kleinbauern im Süden, also auch in den armen Ländern auf der Welt.

Angesichts der Probleme wollen die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – sie hat bundesweit rund 5.000 Mitglieder – und die Entwicklungsinitiative Germanwatch nun eine breite Diskussion über die Milchpolitik anstoßen. Über die Preispolitik beispielsweise, die so richtig den Bauern nichts nütze – weder in Europa noch in den Entwicklungsländern.

Profitieren würden letztendlich nur Molkereiunternehmen, sagt Bernd Voss, er ist selber Landwirt und Mitglied im Bundesvorstand der AbL. Die Ziele der gegenwärtigen EU-Politik interpretiert er so: Es gilt im Grunde, den EU-Milchpreis dem Weltmarktpreis anzunähern. Um dadurch auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähiger zu sein. Es geht darum, den Verhandlungen der Welthandelsorganisation vorzugreifen, den Zollsenkungen entgegen zu kommen, um auch zukünftig zu verhindern, dass der europäische Binnenmarkt Anreiz ist für andere Länder hier rein zu importieren. Aber es geht auch darum, über Exportsubventionen auf den Weltmärkten aktiv sein zu können.

Und diese Politik habe schlimme Folgen. Ein Preiskampf, der auch hierzulande den Landwirten zu schaffen mache. Besser wäre es, so die beiden Organisationen, die in der EU produzierte Milchmenge zu reduzieren, dafür dann aber einen fairen Preis für das Produkt zu erhalten.

<sup>7</sup> <http://www.germanwatch.org/tw/milch.htm>

<sup>8</sup> <http://www.germanwatch.org/tw/euwt05.htm>

<sup>9</sup> <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/381753/>

Milch wird nahezu in allen Ländern der Erde produziert, sie ist mit das wichtigste Grundnahrungsmittel. Und die EU spielt weltweit mit die größte Rolle im Handel – 30 Prozent Anteil – und vieles davon geht in die Entwicklungsländer, sagt Sarah Kahnert von Germanwatch. Ein Handel aber, der Strukturen vor Ort in den Entwicklungsländern akut gefährde.

Welche Auswirkungen dies haben kann zeigt das Beispiel Jamaika. Überschussexporte aus der EU haben dort den Markt weitgehend zerstört. Der dortige Marktanteil an inländisch erzeugter Milch ist in den vergangenen Jahren um 35 Prozent gefallen. Die Ernährungsindustrie in Jamaika greift immer mehr auf Milchpulver-Exporte aus der EU zurück. Als Folge davon sind die bislang recht gut funktionierenden, einheimischen Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen zusammengebrochen. Betroffenen sind davon in erster Linie die Kleinbauern – ähnlich wie hier in der EU können die Kleinbauern dem Preiskampf nicht standhalten und verlieren so Absatzmöglichkeiten. Sie werden aus der Produktion gedrängt.

Dieser Preisdruck müsse also beseitigt werden, sagen beide Organisationen. Und in diesem Zusammenhang gibt es nicht nur Kritik an der EU, sondern teilweise auch Lob. Ein erster positiver Schritt sei die Entkopplung bei der letzten Agrarreform gewesen, sagt Bernd Voß von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

Wichtig für eine Milchmarktordnung ist, dass wir ein ausreichendes Einkommen sichern. Dass wir eine Bindung an eine umweltverträgliche Flächenbewirtschaftung haben. Wir brauchen eine Quote, die so weit reduziert ist, dass wir nicht mit Überschüssen auf dem Weltmarkt Preise zerstören. Für uns und auch für die Bauern in der so genannten Dritten Welt. Wichtig auch, dass wir die Zahlungen an soziale und ökologische Standards koppeln. Und auch Entwicklungsländer müssen die Möglichkeit haben, ihre Märkte entsprechend zu schützen – wie auch bei uns ein qualifizierter Außenschutz weiterhin möglich sein sollte.

Und mit diesen Überlegungen, mit diesen Forderungen an die Politik, wollen beide Organisationen auch den Internationalen Tag der Milch nutzen, um Veränderungen herbeizuführen. Das Ziel: Den Bauern in Europa, wie auch in den armen Ländern weltweit, eine positive Perspektive zu geben.

## 2.1.4 UNCTAD-Konferenz 2004 in Brasilien

Parallel zu den WTO-Verhandlungen 2004 fand die elfte UNCTAD-Konferenz in Brasilien statt. Germanwatch war dort in der deutschen Delegation vertreten. Dadurch hatten wir die Möglichkeit, detaillierte Informationen über die Verhandlungen zu erlangen und an den regelmäßigen Delegationsbesprechungen teilzunehmen.

Germanwatch führte eine Vielzahl von intensiven Gesprächen mit Staatssekretär Tacke, BMWA, Abteilungsleiter Hofmann, BMZ, und weiteren Mitgliedern der eigenen und anderen Delegationen. Bereits im Vorfeld der eigentlichen Konferenz fand am 11. und 12. Juni 2004 eine Konferenz von Nichtregierungsorganisationen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und nationalen und internationalen Netzwerken statt, auf der ein gemeinsames Positionspapier<sup>10</sup> mit folgenden Forderungen erstellt wurde:

- das Recht der Entwicklungsländer auf Politikspielräume muss anerkannt werden, die es den Regierungen erlauben, die Verpflichtungen aus internationalen Abkommen so umzusetzen, dass eigene Entwicklungserfordernisse berücksichtigt werden können.
- Schutz- und Unterstützungsmechanismen für strategische Bereiche der Entwicklungsländer, wie z.B. für Kleinbauern, müssen entwickelt werden
- Regelungen, die Entwicklungsländer an der Konzeption und Umsetzung eigener Entwicklungsstrategien hindern, müssen abgeschafft werden

<sup>10</sup> <http://www.germanwatch.org/tw/unc04sta.htm>

- Handelsregeln müssen so umgesetzt werden, dass sie die Menschenrechte nicht beeinträchtigen.
- Handelsregeln müssen für alle Beteiligten Vorteile haben. Es müssen politische und institutionelle Regelungen gefunden werden, die den Schutz der Umwelt und der sozialen Erfordernisse berücksichtigen.

Das Positionspapier wurde Kofi Annan persönlich auf der Konferenz übergeben. Durch die Anerkennung der Politikspielräume, die Aufrechterhaltung des breiten Mandats und der Unabhängigkeit der UNCTAD – entgegen dem Bestreben der USA und der EU – sowie der Stärkung der Entwicklungsländer kann die elfte UNCTAD-Konferenz aus Sicht der Entwicklungsländer und der Zivilgesellschaft als Erfolg gewertet werden.

*Verantwortlich: Brigitta Herrmann*

## 2.1.5 Germanwatch-Dialogprojekt zur Reform der EU-Zuckermarktordnung

Mit einer Konferenz im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf eröffnete Germanwatch am 21. September 2005 das Dialogprojekt "Süßer Sprengstoff für die entwicklungspolitische und ökologische Debatte".<sup>11</sup> Die Teilnehmer diskutierten über die Reform der EU-Zuckermarktordnung, deren Folgen für Zuckerbauern in Europa und den Ländern des Südens und darüber, wie die Zuckerpolitik sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann.

Zucker ist eines der Produkte, die zur Zeit auf der internationalen Tagesordnung stehen. Sowohl im Rahmen der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU als auch der Welthandelsorganisation (WTO) ist die Zuckermarktordnung der Europäischen Union eine Regelung, die aufgrund der entwicklungspolitischen Auswirkungen besonders umstritten ist und daher derzeit überarbeitet wird. Voraussichtlich im November 2005 wird die EU über die Vorschläge zur Reform der Zuckermarktordnung entscheiden. Zugleich lösen die steigenden Ölpreise und Klimaschutzregulierungen weltweit eine rasant steigende Nachfrage nach Ethanol aus. Es stellt sich die regional vermutlich unterschiedlich zu beantwortende Frage, ob es durch einen Ausbau des für Ethanol genutzten Zuckerrohranbaus zu einer Konkurrenz zwischen der Flächennutzung für Nahrungsmittel und für Treibstoff kommen wird.



Auftaktveranstaltung des Zucker-Dialogprojekts im Düsseldorfer Landtag, 21.9.05

<sup>11</sup> <http://www.germanwatch.org/zucker.htm>

Als Teilnehmer der Auftaktveranstaltung diskutierten Botschafter von Entwicklungsländern, Vertreter(innen) von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, von Rübenbauern und der Zuckerindustrie, von Landes- und Bundesregierung, der EU-Kommission und der UN-Millenniumskampagne, Bundes-, Landes- und EU-Politiker(innen), Gewerkschafter(innen) und Umwelt- sowie Agrarwissenschaftler über die geplante Reform der EU-Zuckermarktordnung, über deren Folgen für Zuckerbauern in Europa und den Ländern des Südens sowie darüber, wie die Zuckerpolitik sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann.

Im weiteren Verlauf des Projektes sollen tragfähige Ergebnisse sowohl auf europäischer Ebene als auch bei den Welthandelsverhandlungen vorgestellt und in den politischen Prozess eingebracht werden.

*Verantwortlich: Kerstin Lanje, Dörte Bernhardt, Michael Windfuhr*

### **2.1.6 Sonder- und Vorzugsbehandlung von Entwicklungsländern im Welthandelssystem**

Germanwatch hat mit der Heinrich Böll Stiftung ein gemeinsames Studien- und Arbeitsvorhaben gestartet, in dessen Rahmen die zukünftige Bedeutung des bisherigen Systems von Sonder- und Vorzugsregeln im Welthandelssystem analysiert wird und Vorschläge für die weitere Ausgestaltung gewonnen werden sollen. Beide Organisationen haben im Jahr 2004/05 eine Studie von Thomas Fritz zum Thema anfertigen lassen.<sup>12</sup> Die Ergebnisse der Studie werden auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong (Dezember 2005) mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Nord und Süd diskutiert werden. Nach Hongkong möchten beide Organisationen ein Politikpapier zum Thema vorlegen, das im politischen Raum 2006 genutzt werden soll.

*Verantwortlich: Michael Windfuhr*

## **2.2 Klimaschutz und -verantwortung**

Der immer deutlicher sichtbare globale Klimawandel verdeutlicht die ökologische Dimension des Nord-Süd-Konflikts in besonderer Weise. Verursacher für mehr als drei Viertel der menschgemachten Treibhausgase, die sich in der Atmosphäre angesammelt haben, sind die Industriestaaten. Die dramatischsten Folgen davon aber hat vor allem die arme Bevölkerung in den sogenannten "Entwicklungsländern" zu tragen. Sie ist oft direkt von der Landwirtschaft abhängig und damit besonders wetterabhängig. Auch ihre Böden sind besonders anfällig für die Folgen von Wetterextremen. Milliarden-schwere Gegenmaßnahmen (Deichbau, sturmsichere Häuser usw.) kann sich die arme Bevölkerung in Entwicklungsländern ohnehin nicht leisten.

Germanwatch hat das Ziel, dass ein in großem Maßstab gefährlicher Klimawandel vermieden werden kann. Dann aber darf die Temperatur nach dem sich etablierenden wissenschaftlichen Konsens global nicht um mehr als 2 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit steigen. Germanwatch setzt sich für konstruktive Lösungen für ehrgeizigen Klimaschutz sowie eine zielgerichtete und weitaus intensivere Unterstützung der vom Klimawandel vor allem in Entwicklungsländern existenziell betroffenen Länder ein.

---

<sup>12</sup> <http://www.germanwatch.org/tw/sdt05d.htm>

## Keine Klimapause nach 2012

Erschienen in: *Umwelt. kommunale ökologische Briefe. Nr. 12/05, 15.6.05*

Experten aus aller Welt haben Mitte Mai in Bonn über die Zukunft des Kyoto-Protokolls debattiert. Es gilt bis Ende 2012 – was danach kommt, ist unklar. "Der Klimaschutz darf keine Pause einlegen", beschwor Umweltminister Trittin, der das Bonner Seminar eröffnete. Zwar waren die Gespräche inoffiziell, doch wurden nach Einschätzung von Germanwatch wichtige Übereinkünfte erzielt: Es sei klar geworden, dass die vereinfachende Einteilung in Industrie- und Entwicklungsländer nicht mehr greife. Eine erfolgreiche Klimapolitik nach 2012 sei nur mit differenzierten Verpflichtungen machbar. Nicht ganz unerwartet profilierten sich die USA wieder als Bremser. Germanwatch wertete das Seminar trotzdem als positives Signal für den Klimagipfel in Montreal. So habe Südafrika für ein Montreal-Mandat zur Aufnahme konkreter Klimaverhandlungen plädiert. Von einem Montreal-Mandat erhofft sich Germanwatch einen ähnlichen Schub, wie ihn 1995 das Berlin-Mandat auslöste. Damals wurde das Kyoto-Protokoll geboren.

### 2.2.1 Kyoto und EU-Emissionshandel

Zwei lange international umkämpfte sehr wichtige Rahmensetzungen für den Klimaschutz sind Anfang 2005 in Kraft getreten. Zunächst im Januar 2005 das Emissionshandelssystem, das zwar vor allem durch den Lobbyeinfluss der Energie- und Chemieindustrie sehr verunstaltet, aber immerhin in Kraft getreten ist. Das historische an diesem Abkommen ist, dass es endlich dem Treibhausgasausstoß der Industrie europaweit einen Preis gibt, indem es den Ausstoß der Industrie absolut begrenzt. Gemeinsam mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz – einem wirksamen Markteinführungsinstrument – ist es eine der beiden zentralen Rahmensetzungen in Deutschland (und der EU) für den Klimaschutz. Germanwatch war gemeinsam mit dem WWF und dem BUND eine der drei NGOs, die die Implementierung des Emissionshandels durch äußerst aktive Lobbyarbeit begleitet haben.<sup>13</sup>

Am 16. Februar 2005 trat dann das Kyoto-Protokoll in Kraft. Das Kyoto-Protokoll ist ein Meilenstein, obwohl es nur ein kleiner Einstieg in die notwendigen Klimaziele ist. Aber das Regelwerk mit seinen absoluten Reduktionszielen für Industrieländer und seinen innovativen Emissionshandels-Mechanismen ist zugleich der Beginn eines ernsthaften Klimaschutzes. Mit dem Tag seines Inkrafttretens begann zugleich das Ringen um das internationale Klimaregime für die Zeit nach 2012. Angesichts des hohen Ölpreises und der großen Zahl sehr heftiger Hurrikane scheint auch in den USA die Bereitschaft zu einem ernsthafteren Klimaschutz zu wachsen. Es ist kaum denkbar, dass sich der nächste US-Präsident – egal von welcher Partei – nicht wesentlich konstruktiver als die derzeitige US-Regierung zu diesem Thema verhalten wird. Ganz neue Elemente bringt auch die konstruktive Bewegung, die seit etwa drei Jahren in China auf der politischen Ebene – zuletzt auf der Renewables-Konferenz 2005 in Peking – zu spüren ist, in die Debatte. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren in Deutschland, der EU und weltweit maßgebliche Entscheidungen über Investitionen in den neuen Kraftwerkspark anstehen, die die Emissionen über Jahrzehnte beeinflussen werden. Die kommenden Jahre versprechen spannend für die internationale Klimadebatte zu werden. Und Germanwatch wird versuchen, durch innovative Vorschläge und strategische Allianzen sowie durch notwendigen öffentlichen Druck diese Phase mitzugestalten.

Germanwatch hat an allen zehn bisherigen UN-Klimagipfeln vor und nach Kyoto (1997) und den UN-Zwischenverhandlungen jeweils aktiv teilgenommen.<sup>14</sup> Zuletzt im Mai 2005, wo die Delegierten aus mehr als 160 Staaten erstmals über das Klimaschutzregime nach 2012 diskutierten (siehe Kasten).

*Verantwortlich: Christoph Bals, Klaus Milke, Manfred Treber, Britta Horstmann, Sven Anemüller, Dustin Neuneyer, Dietrich Brockhagen, Dörte Bernhardt, Anja Köhne*

<sup>13</sup> Ausführliche Infos siehe <http://www.germanwatch.org/rio/et.htm>

<sup>14</sup> Ausführliche Infos siehe <http://www.germanwatch.org/rio/un.htm>

## 2.2.2 Live-Satellitenbilder machen Schule: Die Klimaexpedition

Seit September 2004 führt Germanwatch das Projekt Klimaexpedition an Schulen in NRW mit Förderung des Landesumweltministeriums durch.<sup>15</sup>

Die 'Klimaexpedition' ist als eine mobile Einheit konzipiert, die an die Schule – also in den Unterricht oder zu einem Projekttag – kommt und somit flexibel, effizient und aktuell Expertenwissen in die Schule bringt. Mit Hilfe moderner Technik, dem Medium der Satellitenfilme und -bilder, aktuellen Materialien sowie Handlungsvorschlägen wird das Thema Klimawandel auf anschauliche Weise vorgestellt. Zu den Materialien gehören u.a. Arbeitsblätter für den Unterricht<sup>16</sup>, ein Klimaschutz-Aktionsheft mit zwei neu entwickelten Unterrichts-/Projektideen zum globalen Klimaschutz und einer Materialien- und Adressensammlung zu Klimaschutz, erneuerbaren Energien und Regenwald<sup>17</sup> sowie die Broschüre *Globaler Klimawandel: Ursachen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten*<sup>18</sup>, die als ausführliche Einführung in die Thematik dient. Als Projektpartner von Germanwatch geht das erfahrene Umweltbildungsunternehmen Geoscopia an die Schulen.

Der Inhalt des vorgestellten mobilen Bildungskonzeptes ist der globale Klimawandel in seiner umwelt- und insbesondere auch entwicklungspolitischen Dimension. Die vielfältigen Risiken des globalen Klimawandels für die Menschen z.B. durch Wetterextreme oder den Anstieg des Meeresspiegels werden immer deutlicher sichtbar. Sie wirken sich auf das unmittelbare Lebensumfeld vieler Menschen aus, greifen aber zunehmend auch etablierte wirtschaftliche und soziale Strukturen an.

Die Zielgruppe sind Jugendgruppen, Schulklassen und LehrerInnen an weiterführenden Schulen (ab Klasse 5). Die Erfahrungen aus NRW zeigen, dass die Eignung der Klimaexpedition weder auf nur einen Schultyp noch auf nur eine Jahrgangsstufe beschränkt ist. So fand die Klimaexpedition in NRW an Gymnasien, Real-, Haupt-, Gesamt- und vereinzelt auch in Sonderschulen statt.

Seit September 2004 wurden mehr als 150 Projektstage durchgeführt, mit ca. 15.000 SchülerInnen und steigender Nachfrage. Für das Jahr 2005 sind bereits alle vom Land geförderten Termine ausgebucht, es werden dann 185 Projektstage sein. Das Projekt läuft zunächst bis Mitte 2006.

Aufgrund des großen Erfolges sehen wir es für die Zukunft als sinnvolle und wichtige Aufgabe an, durch zusätzliche Förderanträge das Projekt auch in andere Bundesländer zu tragen und somit auch die Breitenwirkung der Germanwatch-Inhalte zu erhöhen. Es freut uns, dass die Klimaexpedition im November 2005 als offizielles Projekt der Dekade der Vereinten Nationen "Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014" ausgezeichnet wurde.<sup>19</sup>

*Verantwortlich: Sven Anemüller, Gerold Kier, Christoph Bals*



Holger Voigt (Geoscopia) stellt auf dem Evangelischen Kirchentag die Germanwatch-Klimaexpedition vor (Hannover, 28.5.05)

<sup>15</sup> <http://www.germanwatch.org/klimaexpedition.htm>

<sup>16</sup> <http://www.germanwatch.org/rio/ab.htm>

<sup>17</sup> <http://www.germanwatch.org/rio/k-aktion.htm>

<sup>18</sup> <http://www.germanwatch.org/rio/klima05.htm>

<sup>19</sup> <http://www.dekade.org/sites/projekte3.htm>

## Auf Tastendruck ein neuer Kontinent

*Erschienen in: WAZ, 8.6.05*

Die aktuellen Bilder des Satelliten Geosat zeigt Holger Voigt den Schülerinnen und Schülern der Klasse 9/8. Dafür hat er vor dem Klassenraum eine Antenne installiert.

Kurz drückt Holger Voigt auf eine Taste seines Laptops und springt mal eben einen Kontinent weiter, um den Titicacasee in Südamerika zu zeigen – "den höchstgelegenen See, der mit Schiffen befahrbar ist".

Er freue sich, sagt der Gelsenkirchener Voigt, auch mal in seiner Heimatstadt anhand von Satellitenbildern die Klimaveränderung auf der Erde zeigen zu können. Zu Gast war er gestern in der Gesamtschule Berger Feld. Dort führt Lehrer Arndt Meier im Rahmen der Gesellschaftskunde das Projekt "Wir haben die Erde nur gepachtet" durch. Ein wichtiger Inhalt sei, so Meier, "dass in den letzten 30 Jahren durch die Einwirkungen der Menschen das Klima stark verändert wurde".

Von Voigt, im Auftrag der Germanwatch Klimaexpedition unterwegs, erfahren die Schüler und Schülerinnen der Klasse 9/8, dass sich in den letzten 100 Jahren die Erdatmosphäre um 0,6 Grad erwärmt hat. Zweifeln daran, ob sich das denn so nachhaltig auswirkt, zeigt er Bilder vom zentralafrikanischen Tschadsee, von dem eine der frühesten Satelliten-Aufnahmen (aus dem Jahr 1963) stammt. In Zehn-Jahres-Schritten dokumentieren die Aufnahmen aus dem Weltall, wie das ehemals mächtige Wasserreservoir zu einer "kleinen Pfütze" (Voigt) verkommen ist, obwohl hier der Temperaturanstieg "nur" 0,5 Grad betragen habe. Verantwortlich sei auch hier der "Faktor Mensch": "Immer mehr Siedlungen sind am See entstanden, die das Wasser nutzen."

Auf dem Außengelände der Schule hat Voigt, der eine eigene Firma Geoscopia mit dem Ziel "Umweltbildung" in Hattingen gegründet hat, eine Satellitenantenne aufgebaut, mit der Livebilder des Geosat-Satelliten empfangen werden können.

Viel von dem beeindruckenden Anschauungsmaterial aber hat er in seinem Laptop gespeichert – wie Bilder vom brasilianischen Urwald, über dem weiße Wolken die aktuelle Brandrodung darstellen: "70 Prozent der Regenwald-Vernichtung geschehen wegen des Soja-Anbaus". Oder "80 Prozent des Holzeinschlags in Brasilien sind illegal".

Gefördert wird der Einsatz von Germanwatch an Schulen, die Geoscopia als Partner hat, übrigens vom NRW-Umweltministerium. Ob er denn Bedenken habe, dass sich eine neue, CDU-geführte Landesregierung ähnlich verhalte, fragt die WAZ den Geoscopia-Chef, der sich gebremst optimistisch gibt: "Ich hoffe, dass auch die neue Regierung Bildung fördert."

### 2.2.3 Klima-AUSBADE-Kampagne: Prägnante Fallbeispiele für Konsequenzen des Klimawandels in Entwicklungsländern

Seit mehr als drei Jahren führt Germanwatch die Klima-AUSBADE-Kampagne<sup>20</sup> durch, mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie hat ihren Ausgangspunkt in der Erkenntnis, dass Entwicklungsländer – und hier vor allem die ärmere Bevölkerung – in besonderem Maße vom globalen Klimawandel betroffen sind. Wir beziehen uns in der Kampagne auf ein völkerrechtliches Prinzip: Wer anderen Menschen – in diesem Fall durch Treibhausgase – Schaden zufügt, der hat zwei Pflichten: Erstens muss er aufhören, die Probleme zu erzeugen. Zweitens muss er für den Schaden aufkommen. Die Klima-AUSBADE-Kampagne drängt auf entsprechende Strukturen, damit die Menschen im Süden die Folgen des Klimawandels nicht alleine ausbaden müssen.

In vielen intensiv vorbereiteten Dialogen mit der Finanzwirtschaft, Versicherern, Entwicklungsverbänden, KirchenvertreterInnen und PolitikerInnen hat Germanwatch dazu beigetragen, dass die enor-

<sup>20</sup> <http://www.klimaausbadekampagne.de>

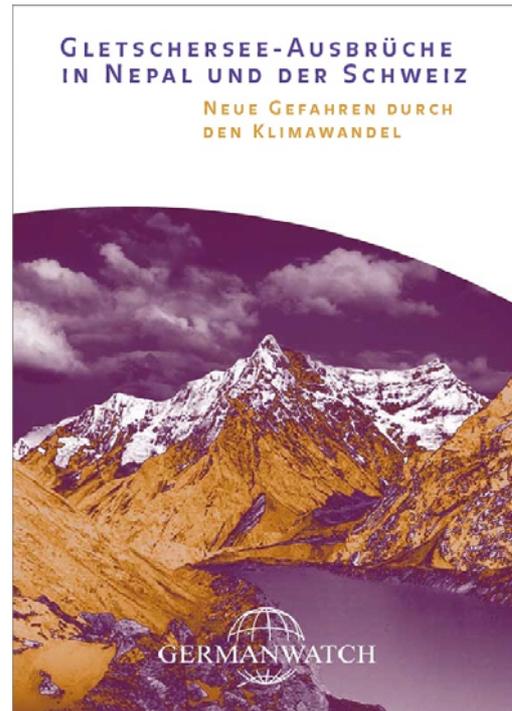
me entwicklungspolitische Relevanz des Klimawandels gesellschaftlich verstärkt wahrgenommen wird. Wir freuen uns zu sehen, dass immer mehr unserer Gesprächspartner das Thema mehr und mehr in den Vordergrund rücken.

Um die entwicklungspolitische Bedeutung des Klimawandels aufzuzeigen, haben wir im Rahmen der KlimaAUSBADE-Kampagne auch verschiedene Fallbeispiele aufbereitet:

- Meeresspiegelanstieg in Bangladesch und den Niederlanden<sup>21</sup>
- Klimawandel – Eine Herausforderung für Tuvalu<sup>22</sup>
- Gletschersee-Ausbrüche in Nepal und der Schweiz. Neue Gefahren durch den Klimawandel<sup>23</sup>

Diese finden nicht nur in zahlreichen Schulen Verwendung – etwa im Rahmen der Klimaexpedition –, sondern auch öffentliche Resonanz (siehe z.B. Zeitungsartikel im untenstehenden Kasten).

*Verantwortlich: Britta Horstmann, Sven Anemüller, Manfred Treber, Dustin Neuneyer*



Fallbeispiel Gletscherseeausbrüche

## Tropfende Zeitbomben

**Neue Studien zeigen: Die Gletscher tauen im Rekordtempo. "Ein Abschmelzen in dieser Größenordnung hat man erst für das Jahr 2025 erwartet", sagen die Forscher.**

*Bernward Gesang*

*Erschienen in: SZ vom 16.11.2004*

Der Morteratsch-Gletscher in der Schweiz hat sich seit 1900 um beinahe 1,5 Kilometer zurückgebildet.

In den Bergen ist der Klimawandel oft mit Händen zu greifen: Wo im Jahr 1900 oder auch noch vor 30 Jahren das ewige Eis blau schimmerte, sind öde Mondlandschaften entstanden. Wer die Gletscher poetisch als weiße Riesen beschreibt, die in Tälern liegen, muss jetzt erkennen, dass sie nur noch sehr zierliche Tatzen haben.

Wie schnell dieser Prozess fortschreitet und welche Gefahren er mit sich bringt, dokumentieren zwei neue Studien, die sich unter anderem auf Daten aus der Schweiz stützen. Dort hat soeben Frank Paul vom Geographischen Institut der Universität Zürich erschreckende Zahlen vorgelegt:

### **Regionen bis 2000 Meter Höhe sind in 20 Jahren eisfrei**

"Ein Abschmelzen in dieser Größenordnung hat man erst für das Jahr 2025 erwartet", sagt der Forscher. "Von 1985 bis 2000 hat die Gletscherfläche in der Schweiz um 20 Prozent abgenommen, das Volumen gar um 25 Prozent." Von 1973 bis 1985 betrug der Rückgang lediglich ein Prozent (1). Das Team um Paul hat das "Schweizer Gletscherinventar 2000" mit einer neuen Methode erstellt und Satellitenbilder in Verbindung mit geographischen Informationssystemen ausgewertet. Die Forscher benutzten das Radiometer "Aster", das auf dem Satelliten Terra die Erde umkreist, um Bilder der Gletscher aufzunehmen.

<sup>21</sup> <http://www.germanwatch/klak/fb-ms-d.htm>

<sup>22</sup> <http://www.germanwatch/klak/fb-tuv-d.htm>

<sup>23</sup> <http://www.germanwatch/klak/fb-gl-d.htm>

Aster macht sich die besonderen Reflexionseigenschaften von Schnee und Eis im Infrarotlicht zunutze und erlaubt es, Gletscher klar von Wolken zu unterscheiden. "Nur die Teile der Gletscher, die von Schutt bedeckt sind, lassen sich nicht direkt erkennen" sagt Paul. Sein Team musste fehlende Daten von Hand nachtragen. "Fehler sind bei der Vermessung einzelner Gletschers möglich, verlieren sich aber bei großen Stichproben", erklärt der Forscher.

Kleine und mittlere Gletscher werden nach Angaben von Paul wesentlich schneller verschwinden als die großen, deren Eisschichten meist mehrere hundert Meter dick sind. "Wenn man die aktuellen Trends hochrechnet, könnten Regionen bis zu 2000 Meter Höhe in 20 bis 30 Jahren eisfrei sein", fasst Paul zusammen.

### **"Die Erde erwärmt sich fortschreitend"**

Andere Forscher bestätigen die Resultate: "Das Verfahren ist zwar nicht völlig neu, aber die Ergebnisse sind solide und zeigen, dass sich die Erde fortschreitend erwärmt", sagt Helmut Rott vom Institut für Meteorologie und Geophysik der Universität Innsbruck.

Die Schweizer Studie ist ein Pilotprojekt. Mit den Methoden von Pauls Team sollen in Zukunft auch Gletscher in entlegenen Regionen wie dem Himalaya vermessen werden. Dort ist die Überwachung auch dringend nötig, wie die Umweltschutzorganisation Germanwatch jetzt warnt: In vielen Gebirgen schwellen Gletscherseen an, in denen sich das Schmelzwasser sammelt (2). Da gleichzeitig die Frostgrenze ansteigt, werden oft Dämme oder Moränen weich, die das Wasser bislang zurückhalten. Die Seen können dann ausbrechen und mit ihren Wasser- und Steinmassen nahe gelegene Siedlungen zerstören, erklärt die Umweltorganisation in einer aktuellen Dokumentation. "Fluten von Gletschern stellen das größte glaziale Risiko mit dem höchsten Katastrophenpotential dar", bestätigen Didier Richard und Michel Gay vom französischen Umweltinstitut Cemagref. Innerhalb weniger Stunden können Millionen Kubikmeter Wasser und Gestein talabwärts stürzen, was auch schon einige Male geschah.

### **Gefährliche Gletscherseen**

Besonders dramatisch war 1985 der Ausbruch des Dig-Tsho-Sees in Nepal, der zahlreiche Menschenleben kostete. Allein in Nepal gibt es 2300 Gletscherseen, von denen unklar ist, wie gefährlich sie sind, weil kaum wissenschaftliche Daten vorliegen. Es gab dort in den letzten 70 Jahren mehr als ein Dutzend Ausbrüche. Bereits in den 90er-Jahren haben japanische Forscher festgestellt, dass viele Gletscher des Himalaya dramatisch abschmelzen. Danach gab es keine neueren Untersuchungen: "Wir müssen dringend unsere Gletscherdaten auf den neusten Stand bringen", sagt Bhakta Shrestha von der nepalesischen Regierung, angesichts der Tatsache, dass allein der riesige Tsho-Rolpa-See das Leben von mehr als 10.000 Menschen bedroht.

Zwar wurde ein Frühwarnsystem an diesem See errichtet, aber für weitere Schutzmaßnahmen fehlt das Geld. Auch in Europa manifestiert sich die Gefahr durch Schmelzwasserseen. Das Schweizer Dorf Saas Balen im Kanton Wallis wurde 1968 und 1970 bereits zweimal überschwemmt.

### **Die Gefahren häufen sich**

Der Seeausbruch überzog das Dorf mit Schuttmengen, die 1000 zerstörten Einfamilienhäusern entsprachen; danach wurde der See trockengelegt. Und im Jahr 2001 richtete das Überlaufen des Weingartensees im Dorf Täsch im Kanton Wallis einen Schaden von 18 Millionen Franken an. "Solche Gefahren werden sich häufen und zwar weltweit", warnt Frank Paul. Zwar sind die Schweizer Gletscherseen kleiner als die in Nepal, dafür liegen die Ortschaften in dem dicht besiedelten Land häufig viel näher an der Gefahrenzone. Auch kleine Ausbrüche können daher gefährlich werden. Allerdings schwebt derzeit kein Ort in unmittelbarer Gefahr, wie Germanwatch feststellt, weil die Schweiz sich – anders als Nepal – teure Schutzmaßnahmen leisten konnte. So wird der Gletschersee am Triftgletscher mit Kameras überwacht, die ihre Bilder rund um die Uhr zu einer Überwachungs-Station nach Zürich übermitteln.

### **Was früher als sicher galt, kann schnell bedroht sein**

Die Umweltorganisation erkennt darin ein Beispiel für die ungerechte Lastenverteilung beim Klimawandel: "Diejenigen, die kaum zu den Ursachen beigetragen haben, sind am stärksten von den Folgen

betroffen", heißt es in der Dokumentation. Aber die Lage kann sich auch in den Alpen schnell verschlechtern: "Neue Gefahren können plötzlich an Stellen auftreten, die früher als sicher galten. Die Veränderungen treten sehr schnell ein", warnt der Züricher Glaziologe Wilfried Haeberli. Und Frank Paul ergänzt, dass immer häufiger Seen auf den Gletscher-Zungen selbst entstehen, die sich schnell entwickeln und besonders schwer berechenbar sind.

Gebirgsgletscher gelten vielen Forschern als "Fieberthermometer" der Erde. Zurzeit aber, so scheint es, könnte der Klimawandel sein eigenes Thermometer zum Schmelzen bringen.

(1) Geophysical Research Letters, Bd. 31, Nr. L21402, 2004, (2) [www.climateresponsibility.org](http://www.climateresponsibility.org)

## 2.2.4 Flugverkehr und Klimaschutz: atmosfair-gGmbH gegründet

Im Rahmen der Klimaschutzaktivitäten von Germanwatch ist der Flugverkehr ein besonderer Schwerpunkt: Denn diese klimaschädlichste Form des Reisens wächst weltweit sehr schnell. Die durch das erwartete Wachstum des Flugverkehrs zwischen 1990 und 2012 erzeugte zusätzliche Erwärmungswirkung ist enorm. Sie liegt in der Größenordnung der Klimawirkung, die durch ein voll (mit Einschluss der USA) funktionierendes Kyoto-Protokoll verringert wird. Die acht Prozent der Menschheit, die jemals im Flugzeug gesessen haben, erzeugen bereits jetzt alleine durch ihr Flugverhalten etwa fünf bis zwölf Prozent der weltweiten Erwärmungswirkung.

Germanwatch setzt sich deshalb massiv für eine internationale und europäische klimapolitische Rahmensetzung für den Flugverkehr ein (Emissionsabgabe, Kerosinsteuer, Einbezug in den Emissionshandel). Zusätzlich aber wollen wir den Einzelnen auf bereits jetzt bestehende Handlungsmöglichkeiten hinweisen: Erstens Flüge – etwa durch Telefon- und Videokonferenzen – zu ersetzen; zweitens Flüge auf weniger klimaschädliche Verkehrsträger zu verlagern; und drittens hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern einen Integritätsstandard sowie ein Angebot entwickelt, um die Menge der klimarelevanten Flugemissionen an anderer Stelle wieder einzusparen: atmosfair.<sup>24</sup>

Denn nicht jeder kann oder will auf einen Flug verzichten – auch wenn er weiß, dass diese Art des Reisens das Klima stärker belastet als jedes andere Transportmittel. Wer nach San Francisco reisen will, kann theoretisch auch mit dem Schiff fahren. Doch tatsächlich existiert diese Möglichkeit für fast niemanden – schon aus Zeitgründen. Die Alternativen heißen deshalb: Zu Hause bleiben, ein anderes Reiseziel wählen oder doch fliegen. Für Menschen, die auf ihren Flug nicht verzichten wollen ohne können, denen die Klimafolgen ihres Fliegens aber nicht egal sind, gibt es jetzt das Angebot "atmosfair". Mithilfe eines Emissionsrechners auf der atmosfair-Website lässt sich feststellen, wie viel Klimagase die Reise verursacht. Dafür zahlt der atmosfair-Kunde so viel, dass damit die Menge klimaschädlicher Gase an anderer Stelle vermieden werden kann, die eine vergleichbare Klimawirkung haben wie die Emissionen aus dem Flugzeug.

Atmosfair ist eine gemeinsame Initiative von Germanwatch und dem forum anders reisen, gefördert vom Bundesumweltministerium unter der Schirmherrschaft von u.a. Klaus Töpfer und Jürgen Trittin.



Atmosfair hat eine Reihe von Standards aufgebaut, um sicherzustellen, dass das Geld nur für ausgewählte hochwertige Klimaschutzprojekte ("Gold Standard") verwendet wird und dort sicher ankommt.

Zwar lässt sich der Schaden, der für das Klima durch einen Flug entsteht, nicht ungeschehen machen – genauso wenig wie eine Plombe einen gesunden Zahn heilen kann.

<sup>24</sup> <http://www.atmosfair.de>

Wie der Zahnarzt fürs Zähneputzen, so wirbt auch atmosfair immer für die beste Lösung: Flüge zu vermeiden oder auf andere Verkehrsträger zu verlagern. Doch in beiden Fällen ist als zweitbeste Lösung ein Reparaturversuch ohne Zweifel besser als die Hoffnung, durch Aussitzen werde sich das Problem schon irgendwie von selbst lösen.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase von etwa einem Jahr wurde die atmosfair gGmbH im Mai 2005 gegründet und erhielt im Juni 2005 vom Finanzamt die Bestätigung der Gemeinnützigkeit – somit können für atmosfair-Zertifikate nun auch Spendenquittungen ausgestellt werden. Einziger Gesellschafter ist die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit, die dafür zusätzliche Spenden eingeworben hat. Die gGmbH hat einen Fachbeirat für die Weiterentwicklung der atmosfair-Standards, der mit je einem Vertreter von Germanwatch und der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie zwei Vertretern aus den Klimaschutzreferaten des Bundesumweltministeriums besetzt ist. Geschäftsführer ist Dietrich Brockhagen. atmosfair hat seit dem Start im Juni 2004 ca. 140.000 EUR an Spenden eingenommen. Neben dem forum anders reisen als ökologisch orientiertem Reiseveranstalterverband als Unterstützer, sowie dem 30. Evangelischen Kirchentag 2005 als erstem Großspender gibt es eine Reihe von weiteren Organisationen, die ganz oder teilweise atmosfair fliegen. Dazu gehören die Grünen im Europaparlament, das ASA-Programm, die KLJB (Katholische Landjugendbewegung), der British Council, der Naturschutzbund NABU u.a.. Das erste unterstützte Klimaschutzprojekt installiert Solarbrenner für Großküchen in Indien, weitere Projekte sind in Vorbereitung.

*Verantwortlich: Dietrich Brockhagen, Klaus Milke, Christoph Bals*

## **Klimaneutrales Fliegen durch eine Umweltabgabe**

*Carmen Peter, ZDF*<sup>25</sup>

Der Urlaubsflug in ferne Länder hat seinen Preis: Das Klima wird durch dieses Fortbewegungsmittel erheblich belastet. Um einen Ausgleich zu schaffen, können Passagiere über "atmosfair" Klimaschutzprojekte unterstützen.

Fliegen ist ein Klimakiller aller erster Güte. Fliegt ein Passagier von Deutschland nach Sydney und wieder zurück, verursacht er Emissionen mit einer Klimawirkung von über elf Tonnen CO<sub>2</sub> – das ist mehr als das Dreifache dessen, was er insgesamt pro Jahr verursachen dürfte.

Folgen für das Klima mildern Dennoch lassen sich die Deutschen nicht vom Fliegen abhalten, und die Branche brummt: Mehr als 73 Millionen Passagiere wurden im Jahre 2003 befördert, Tendenz steigend.

Um wenigsten einen Teil der Negativkonsequenzen zu puffern, wurde atmosfair ins Leben gerufen. Hinter der Initiative stecken verschiedene Reiseunternehmen und die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Unterstützt wird das Projekt vom Bundesumweltministerium.

### **Klimaprojekte unterstützen**

Der Fluggast zahlt freiwillig einen Ausgleich für die von ihm verursachten Klimagase. Das Geld wird von der Organisation in Klimaschutzobjekte investiert, die direkte Treibhausgaseinsparungen bewirken. So werden mit diesen Geldern beispielsweise in Indien Solarküchen aufgebaut. In Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden werden die Kerosinbrenner auf Solarspiegel umgestellt.

"Atmosfair" ist also eine Art freiwillige Ökosteuer. Was durchaus Charme versprüht, wird von Umweltpuristen kritisch gesehen. Von modernem Ablasshandel ist da die Rede – man könne den Ausstoß von Treibhausgasen nicht ungeschehen machen. Diese Erwartung wollen die Initiatoren auch gar nicht erwecken. Sie machen deutlich, dass die beste Alternative noch immer Nicht-Fliegen ist. Da aber in vielen Fällen auf das Flugzeug nicht mehr verzichtet werden kann, sollte wenigsten "atmosfair" geflo-

<sup>25</sup> <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/5/0,1872,2320549,00.html>

gen werden. Dann übernimmt der Passagier zumindest die Verantwortung für den Schaden, den er anrichtet.

### **Vieles spricht für Entwicklungsländer**

Die Kritiker bemängeln außerdem, dass die Klimaprojekte allesamt in Entwicklungsländern verwirklicht werden. "atmosfair" hat gute Gründe für diese Entscheidung: So kann verhindert werden, dass die Fehlentwicklungen der Industrienationen nicht auch in den Entwicklungsländern stattfinden. Zudem ist Klimaschutz in Bezug auf die Kosten dort besonders effizient: Nirgendwo sonst kann man mit den zur Verfügung stehenden Mitteln so viele Treibhausgase einsparen.

## **2.2.5 Renewables 2004: Erneuerbare-Energien-Konferenz in Bonn**

Hohe Ölpreise und die Geiselnahme im wichtigsten Ölland Saudi-Arabien sicherten der Renewables 2004, dem Erneuerbaren-Gipfel in Bonn, ungeahnte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Bundeskanzler Schröder, der sich noch vor wenigen Wochen bei der Debatte um den Emissionshandel schützend vor die fossile Wirtschaft gestellt hatte, rief jetzt dazu auf, im Kampf gegen die "mit Abstand größte Umweltgefahr" durch eine auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energieträger setzende "Doppelstrategie für weltweit nachhaltige Energieversorgung, ... die Emissionen von Treibhausgasen radikal [zu] verringern".

Germanwatch nahm in Kooperation mit dem Worldwatch Institute an der Konferenz teil, brachte sich im nationalen Komitee in die Vorbereitung ein und veröffentlichte im Vorfeld Hintergrundinformationen zum Thema<sup>26</sup>.

Die Dynamik des Gipfels ging von dem Aktionsplan mit letztlich 190 angekündigten Initiativen von Staaten, Kommunen und internationalen Organisationen aus. Positive Impulse gab es aus den Philippinen, in geringerer Form aber auch aus Ägypten, der Dominikanischen Republik oder Yemen. Die Chancen, die in einer vor allem auf Wasserkraft und solarthermische Stromerzeugung setzenden Kooperation zwischen Europa und Nordafrika liegen, wurden sehr deutlich. Marokko und Tunesien spielen eine zunehmend konstruktive Rolle.

Enttäuschend war allerdings, dass die EU sich im Vorfeld trotz der intensiven Diskussionen nicht auf Ausbauziele für Erneuerbare Energien für die Zeit nach 2010 festlegen konnte, sondern lediglich 2005 einen entsprechenden Prozess starten will. Damit wurde die EU, die vor zwei Jahren in Johannesburg die Backen noch kräftig aufgeblasen hatte, ihrem Anspruch auf eine Vorreiterrolle nicht gerecht.

Vor allem aber China ging mutig voran. Das Land will bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch von Wirtschaftswachstum entkoppeln. Das Bruttosozialprodukt soll sich vervierfachen, der Energieeinsatz "nur" verdoppeln – angesichts des aktuellen Trends und der Phase der Industrialisierung, in der sich China befindet, wäre diese Entkopplung fast sensationell. 17 Prozent des Energieeinsatzes soll dann über Erneuerbare Energieträger gedeckt werden. Im Strombereich sollen es zwölf Prozent sein. Insgesamt sollen dann 120 Gigawatt Stromleistung aus kleiner Wasserkraft, Wind, Biomasse und direkter Sonneneinstrahlung installiert sein – und zwar ohne die umstrittenen Wasser-Großkraftwerke. Dies entspricht der Leistung des gesamten derzeit in Deutschland installierten Kraftwerksparks. Die Ankündigung ist ein wichtiger Schritt nach vorne, auch wenn selbst bei voller Umsetzung im Jahr 2020 immer noch 88 Prozent der Kraftwerksleistung in China durch fossile Energieträger, Kernkraft oder große Wasserkraft bereitgestellt werden.

*Verantwortlich: Christoph Bals, Ulrich Denkhau, Britta Horstmann, Manfred Treber, Klaus Milke*

---

<sup>26</sup> u.a.: Hintergrundpapier "Erneuerbare Energien - eine Chance für ländliche Gebiete des Südens" und ein Foliensatz mit Begleittext, beides abrufbar unter <http://www.germanwatch.org/rio/ee.htm>

## 2.2.6 Aktive Begleitung der Diskussionen um CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung

Germanwatch hat sich seit Mai 2004 zum Thema CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung (CO<sub>2</sub> Capture and Storage, CCS) intensiv in die deutsche und europäische Debatte eingemischt. Anfang Mai 2004 traten wir mit einem Diskussionspapier<sup>27</sup> an die Öffentlichkeit.

CCS wird darin als noch spekulative Technologie klassifiziert, gegenüber der von den Nichtregierungsorganisationen wohlbegründete Vorbehalte bestehen. Allerdings spricht angesichts der Dramatisierung der Aussagen über die Dynamik und die Folgen der Klimaänderung vieles dafür, dass es ohne Einsatz von CCS sehr schwer fallen wird, unterhalb der tolerierbaren Erwärmung von zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu bleiben.

Germanwatch nahm Ende Mai 2004 in Brüssel am zweitägigen Workshop von Climate Action Network Europe über CCS und Wasserstoff teil.

Im Januar wurde Manfred Treber vom IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) als Expertengutachter für den Sonderbericht über CCS bestellt und brachte u.a. Vorschläge ein, damit bei geologischen Lagerstätten Leckageraten erst unterhalb 0,01% pro Jahr als "quasi perfekte Lagerung" eingestuft werden.

Für die Diskussion um CCS zwischen deutscher Zivilgesellschaft und Unternehmen führte Germanwatch am 11. Mai 2005 in Kooperation mit dem Wuppertal Institut den Experten-Workshop "CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung (CCS) aus deutscher Perspektive" durch. 40 Teilnehmer, darunter zehn Referenten, zu gleichen Teilen aus Wirtschaft, Wissenschaft und von NRO-Seite sowie ein Vertreter aus der Erneuerbaren-Branche – waren hierfür nach Wuppertal gekommen. Als wichtigste Ergebnisse des Workshops<sup>28</sup> zählen:

- Für die nächste Welle der Kraftwerksneubauten wird CCS noch keine Rolle über Pilotprojekte hinaus spielen. Dies wird sich frühestens zwischen 2020 und 2025 ändern.
- Im Nicht-Kraftwerksbereich (Stahl, Aluminium, Chemie, Raffinerien) ist ein früherer Einsatz wesentlich wahrscheinlicher.
- Die Debatte, unter welchen Voraussetzungen diese Technologie eine Konkurrenz für Erneuerbare Energieträger oder – wegen der damit verbundenen steigenden Kosten für fossile Energieträger – einen Wettbewerbsvorteil für erstere bedeuten würde, steht noch ganz am Anfang.
- Ohne klare, langfristige Rahmensetzung der Politik wird sich die Technologie im Kraftwerksbereich nicht auf dem Markt durchsetzen.
- Die Sicherheit der Lagerung ist je nach Lagerungsstätte sehr unterschiedlich zu bewerten.
- CCS wird mit Sicherheit nicht zum CO<sub>2</sub>-freien Kraftwerk führen, allenfalls zum CO<sub>2</sub>-armen Kraftwerk. Für die energieintensive Abscheidung muss in erheblichem Maße zusätzliche Energie eingesetzt werden.

*Verantwortlich: Manfred Treber, Renate Duckat, Christoph Bals, Dörte Bernhardt, Klaus Milke*

## 2.2.7 Auf dem Weg zu einer Klima-Versicherung der Nichtversicherbaren

Germanwatch hat im Rahmen der Klima-AUSBADE-Kampagne einen Entwurf für eine "Klima-Versicherung der Nichtversicherbaren" entwickelt.<sup>29</sup> Germanwatch und das kooperierende Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA) haben das Konzept gemeinsam auf dem 10. UN-Klimagipfel in Buenos Aires (2004) vorgestellt. Nach zwei gemeinsamen Workshops mit der Münchener Rück zu diesem Thema hat diese die Initiative für eine mit weltweit ausgewählten Experten zusammengesetzte Arbeitsgruppe ergriffen (Munich Climate Insurance Initiative), die die internationale Diskussion zum

<sup>27</sup> <http://www.germanwatch.org/rio/ccs04.htm>

<sup>28</sup> <http://www.germanwatch.org/termine/2005-05-11.htm>

<sup>29</sup> <http://www.germanwatch.org/klak/versich.htm>

Thema fokussieren und informieren soll. In der Initiative sind neben der Münchener Rück und Germanwatch u.a. VertreterInnen von wissenschaftlichen Instituten, der Weltbank, Versicherungs- und EntwicklungsexpertInnen sowie VertreterInnen aus Entwicklungsländern (UN-Delegierte und von Versicherungsinitiativen). Auf dem UN-Klimagipfel in Montreal 2005 wird die Gruppe einen ersten gemeinsamen Side-Event veranstalten.

*Verantwortlich: Christoph Bals, Sonja Butzengeiger, Sven Anemüller*

## **2.2.8 Zivile Krisenprävention – Umwelt und Ressourcen**

Im Mai wurde Germanwatch in den von der Bundesregierung neu eingesetzten Zivilgesellschaftlichen Beirat „Zivile Krisenprävention“ eingeladen, der die Umsetzung des „Aktionsplan Krisenprävention“ begleiten soll. Germanwatch wird in diesem Beirat von Vorstandsmitglied Anja Köhne vertreten.

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichts zur Lage der Welt (s.u.) kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit adelphi research<sup>30</sup>, welche maßgeblich zur englischsprachigen Originalausgabe beigetragen hatten. Aus dieser Zusammenarbeit heraus entstand ein dreijähriges gemeinsames Projekt „Zivile Krisenprävention – Umwelt und Ressourcen“, welches vom Bundesumweltministerium gefördert wird. Das Projekt dient der Förderung des Informationsflusses und des gesellschaftlichen Dialogs zu den Zusammenhängen von Umwelt-, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Hauptstränge der Aktivitäten sind:

- ein Newsletter und eine Informationsplattform<sup>31</sup>
- Dialogveranstaltungen mit PolitikerInnen, Wirtschaft, NGO und Öffentlichkeit.

*Verantwortlich: Anja Köhne, Christoph Bals*

## **2.3 Unternehmensverantwortung**

Unternehmen agieren zunehmend international und verlagern Produktionsstandorte rund um die Welt. Angesichts des steigenden Wettbewerbsdrucks und fehlender internationaler Regeln verletzen Firmen immer wieder bestehende Arbeitsnormen, Umweltauflagen und fundamentale Menschenrechte. Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein, damit auch sie ihren Beitrag zur Armutsbekämpfung und Klimastabilisierung, zu einer sozial gerechten und ökologisch verträglichen Entwicklung leisten. Wir verfolgen konkrete Einzelfälle, in denen deutsche Unternehmen derartige Regeln verletzen und nutzen dafür u.a. das Instrumentarium der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.<sup>32</sup>

### **2.3.1 Von KodexWatch zu Unternehmensverantwortung**

Bei der Arbeit von Germanwatch zur Unternehmensverantwortung haben wir in den vergangenen Jahren einen besonderen Fokus auf die OECD-Leitsätze gelegt. Dieser Ansatz hat sich als sinnvoll erwiesen, weil diese im weiten Bereich der Unternehmensverantwortung ein recht weit gehendes Instrument darstellen: Sie sind weltweit gültig für alle Unternehmen aus den Unterzeichnerstaaten – inzwischen immerhin 39 Länder. Damit wird ein Großteil der ca. 70.000 Transnationalen Konzerne erfasst, von denen die meisten in den 30 OECD-Ländern angesiedelt sind. Zudem beziehen sich die

---

<sup>30</sup> <http://www.adelphi-research.de>

<sup>31</sup> <http://www.krium.de> bzw. die englischsprachige Plattform "Environment, Conflict, and Cooperation" <http://www.ecc-platform.org>

<sup>32</sup> Eine ausführliche Analyse der OECD-Leitsätze aus Sicht von Germanwatch findet sich unter [www.germanwatch.org/tw/kw05ls.pdf](http://www.germanwatch.org/tw/kw05ls.pdf). Einen Überblick über die Germanwatch-Positionen und Schritte zur Unternehmensverantwortung gibt das Papier "Kritik und Zusammenarbeit. Eine NRO-Strategie zum Umgang mit Unternehmen in der Nord-Süd-Politik", <http://www.germanwatch.org/pubdiv/nro05.htm>.

Leitsätze auf viele Aspekte unternehmerischen Verhaltens, nehmen die Regierungen in die Pflicht und bieten ein Beschwerdeverfahren.

Doch die Wirksamkeit von Instrumenten zeigt sich erst, wenn sie angewandt werden. Dass es auch bei der Umsetzung der OECD-Leitsätze noch erhebliche Mängel gibt, hat unter anderem die von Germanwatch und FIAN intensiv begleitete Beschwerde gegen Continental gezeigt. Direkt zuständig war eigentlich die mexikanische Kontaktstelle, da die Vorkommnisse in Mexiko auftraten und das Land Mitglied der OECD ist. Die Kontaktstelle wurde aber nicht tätig, sondern verlegte sich auf eine Verzögerungstaktik, zudem war sie monatelang unbesetzt. Danach unternahm sie keine Vermittlungsbemühungen. Das wirft zum einen die Frage auf, wie sinnvoll eine Ansiedlung der Kontaktstelle im jeweiligen Wirtschaftsministerium ist: wie neutral ist das Ministerium, das gleichzeitig ausländische Direktinvestitionen anwerben soll? Solche Erfahrungen sind Hintergrund der Forderung vieler NGOs nach einer Revisionsstelle, die bei schleppenden oder nicht zufriedenstellenden Verfahren angerufen werden kann.

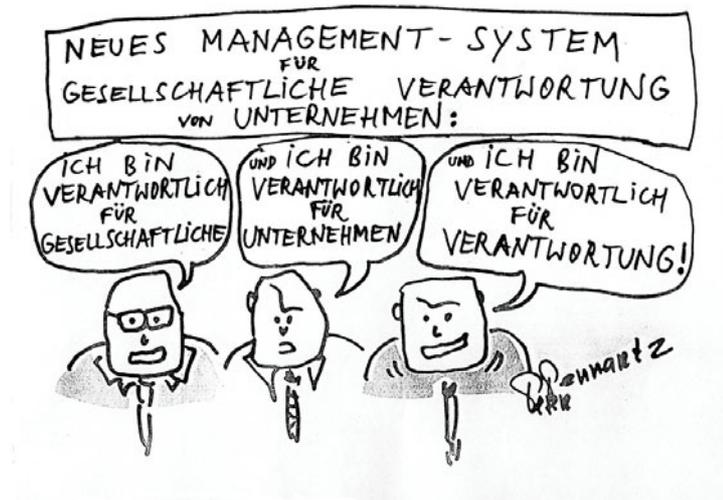
Für die Arbeit mit dem Instrument der OECD-Leitsätze konnte der Continental-Fall im Tochterwerk Euzkadi konkrete Erfahrungen liefern, wie ein Fall vorgebracht werden muss und wie das weitere Procedere läuft.

Die OECD-Leitsätze wurden im Rahmen des Falles durch die Presseresonanz bekannter. Auch war der Beschwerdefall ein Einstieg, um mit Parlamentariern stärker über die OECD-Leitsätze ins Gespräch zu kommen. Die parlamentarische Kontrolle ist bei diesem Instrument aus unserer Sicht noch viel zu schwach ausgeprägt. Gemeinsam mit Gewerkschaften sind wir aktiv, mehr Interesse im Parlament zu wecken:

Denn die Einrichtung von Nationalen Kontaktstellen, die Verbreitung der Leitsätze und die Bearbeitung von Beschwerdefällen ist eine Regierungsaufgabe, die auch vom Parlament kontrolliert werden muss.

Der Euzkadi-Fall konnte erfolgreich abgeschlossen werden: Die Fabrik wird wiedereröffnet und die Arbeiter erhalten ihre Arbeitsplätze zurück. Der Fall hat jedoch gezeigt, dass es für die Lösung eines konkreten Problems mit einem multinationalen Unternehmen oft nicht ausreicht, nur auf eine Karte zu setzen. Neben all den Aktivitäten vor Ort in Mexiko und der direkten OECD-Beschwerde gab es Schreiben an das Unternehmen, Pressearbeit – vor allem in Zeitungen, aber auch im Radio sowie eine halbstündige Dokumentation im WDR-Fernsehen. Wir organisierten dreimal eine Besuchsreise für die mexikanischen Gewerkschafter. Ihre Berichte auf öffentlichen Veranstaltungen machten die Problematik viel plastischer.

Zudem gab es Gespräche mit Parlamentariern, die sich dann ihrerseits an das Unternehmen wandten, wie z.B. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ottmar Schreiner oder Hans-Jürgen Uhl, oder die wie Walter Riester ihre Kontakte zu den Gewerkschaften nutzten, um das Unternehmen zum Umlenken zu bringen. Neben der OECD-Beschwerde haben die Gewerkschafter auch den Mechanismus auf ILO-Ebene genutzt und eine Beschwerde vorgebracht – hier lief es jedoch noch viel schleppender als auf OECD-Ebene. Wir waren auch im Gespräch mit Gewerkschaftern von Volkswagen, die den in der Überarbeitung befindlichen Volkswagen-Verhaltenskodex nutzen wollten, um über die neu auszuhandelnde Zuliefer-Klausel auch Druck auf Continental auszuüben.



Cartoon: Peter Pennartz

## **Mit Hilfe von Germanwatch und FIAN:**

### **Continental gibt im Streit um unrechtmäßige Entlassung klein bei**

*Ralf Willinger*

*Erschienen in: Germanwatch-Zeitung Nr. 1/2005<sup>33</sup>*

Faustino Casillas ist außer sich vor Freude und den Tränen nah. Die Last von 3 Jahren fällt von dem 56-jährigen Maschinenarbeiter ab, von seiner Familie, von seinen Mitstreitern von der Gewerkschaft. "Vencemos!" Sie haben gesiegt, die Arbeiter des Euzkadi-Werkes im mexikanischen El Salto – gegen den Weltkonzern Continental AG aus Hannover. 3 lange Jahre hat es gedauert, ohne Job, ohne Lohn, abhängig von der Arbeit der Kinder und Ehefrauen, von Spenden befreundeter Kooperativen, von der Unterstützung internationaler Organisationen. Faustinos Frau ging bis in die USA, um zu arbeiten, später auch einer seiner Söhne, der auch im Werk gearbeitet hatte. Die Kinder vieler Kollegen mussten arbeiten gehen oder brachen ihr Studium ab, um die Familie zu ernähren. Denn in Mexiko fanden viele der Arbeiter keine andere Stelle: Ihre Namen wurden von Continental auf Schwarze Listen mit aufrührerischen Arbeitern gesetzt, die unter den Unternehmen kursieren.

Der Fall verdeutlicht das oftmals rücksichtslose Vorgehen transnationaler Konzerne im Globalisierungsprozess. 1998 kaufte Continental die Reifenfabrik Euzkadi, die schon seit 1935 erfolgreich produzierte und damals als die modernste in ganz Lateinamerika galt. Der Konzern begann, das Werk umzustrukturieren, die bis dahin in der Branche geltenden Tarifverträge auszuhebeln – beispielsweise sollte die Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden ausgedehnt werden – und Gewerkschaftsführer zu entlassen.

Als die Arbeiter protestierten, schloss Continental das Werk Ende 2001 von heute auf morgen und kündigte unrechtmäßig allen 1164 Arbeitern. Die Arbeiter – alle in einer unabhängigen Betriebsgewerkschaft organisiert – begannen zu streiken und blockierten das Werk und den Abtransport der zig Millionen Dollar teuren Maschinen. Und sie gingen vor Gericht: Es kam zu Prozessen über alle Instanzen bis zum Verfassungsgericht. Trotz mehrerer Niederlagen legte Continental immer wieder Widerspruch ein – eine Zermürbungstaktik. Einige Arbeiter gaben auf und nahmen die Abfindung, die Continental ihnen anbot.

Doch die meisten hielten durch. 2002 wurde gemeinsam mit Germanwatch bei der deutschen Kontaktstelle der OECD Klage gegen die illegale Schließung des Werkes eingereicht. Germanwatch und die Menschenrechtsorganisation FIAN unterstützten die Gewerkschafter auch bei vielen anderen Aktivitäten: Es kam zu zahlreichen Treffen mit hochrangigen deutschen und mexikanischen Politikern bis zum mexikanischen Präsidenten Vicente Fox, mit deutschen Parlamentariern und Gewerkschaftern. Mexikanische Gewerkschafter reisten mehrmals nach Deutschland, sprachen auf Aktionärsversammlungen von Continental und mit Firmenvertretern.

Dies alles trug dazu bei, dass sich die Kontrahenten im Januar 2005 außergerichtlich einigen konnten: Das Euzkadi-Werk wurde von Continental zur Hälfte an das mexikanische Unternehmen Llanti Systems verkauft und zur anderen Hälfte an eine Genossenschaft der Arbeiter übertragen. Die Arbeiter bekamen damit quasi den ausstehenden Lohn der letzten 3 Jahre und ihre Arbeitsplätze zurück. "Ein Sieg der internationalen Solidarität!", freute sich Gewerkschaftschef Jesús Torres Nuño. Ein Sieg, der anderen Mut machen sollte.

Aus der konkreten Fallarbeit haben wir verschiedenes gelernt: Die Betreuung eines Einzelfalls kostet viel Zeit und Energie. Für die Arbeit zu transnationalen Konzernen sind konkrete Fälle jedoch unbedingt notwendig, um die Probleme mit den Unternehmen deutlich zu machen, eine Öffentlichkeit zu mobilisieren, die verschiedenen Instrumente zu testen bzw. zu verbessern oder weitere Maßnahmen auf politischer Ebene einzufordern. Solche Einzelfallarbeit kann aber nur im Einzelfall zu Lösungen

---

<sup>33</sup> <http://www.germanwatch.org/zeitung/2005-1.htm>

führen, nicht generell. Parallel dazu arbeiten wir deshalb auf politischer Ebene, um strukturelle Verbesserungen bei den Instrumenten zur Unternehmensverantwortung und Unternehmensregulierung zu erreichen.

*Verantwortlich: Cornelia Heydenreich, Kristina Steenbock, Klaus Milke*

### **2.3.2 Internationale Vernetzung**

Im Bereich der Unternehmensverantwortung vernetzt sich Germanwatch international u.a. über OECD Watch. OECD Watch ist ein internationales Netzwerk von fast 50 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus 28 Ländern in Europa, Asien, Afrika, Australien sowie Nord- und Südamerika, die zu Unternehmensverantwortung und nachhaltigem Investment arbeiten. OECD Watch bündelt und koordiniert die Aktivitäten dieser NGOs zu den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und dem Investmentkomitee der OECD. Germanwatch hatte OECD Watch im März 2003 mitgegründet, ist Mitglied im Koordinationsgremium und eine der aktivsten NGOs bei OECD Watch. OECD Watch beobachtet die Arbeit des Investmentkomitee der OECD und bringt NGO-Positionen dort ein, testet den Nutzen der OECD-Leitsätze als ein Instrument für globale Unternehmensverantwortung, informiert die Zivilgesellschaft über Entwicklungen zu den OECD-Leitsätzen und berät NGOs bei der Einreichung von OECD-Beschwerden.

OECD Watch hat im September 2005 den Bericht "Fünf Jahre danach: Eine Bilanz der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und der Nationalen Kontaktstellen" veröffentlicht.<sup>34</sup> Darin wird geschlussfolgert, dass die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen kein ausreichendes Instrument sind, um unternehmerisches Fehlverhalten zu ahnden. Das weltweite Netzwerk fordert verbindliche internationale Sozial- und Umweltstandards für Unternehmen, um entsprechendes Fehlverhalten insbesondere in Entwicklungsländern zu unterbinden. Kurzfristig fordert OECD Watch von den OECD-Regierungen konkrete Maßnahmen für eine effektive Umsetzung der bestehenden Leitsätze. Bereits am 29.6.05 hatten die OECD und der Deutsche Gewerkschaftsbund, in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, in Berlin eine Tagung zu den OECD-Leitsätzen für Multinationale Unternehmen veranstaltet.<sup>35</sup>

*Verantwortlich: Cornelia Heydenreich*

### **2.3.3 Der Zusammenhang von Corporate Governance und Corporate Responsibility**

Germanwatch hat sich im Dialog mit Unternehmen, Finanzmarktakteuren, Politik und Verwaltung sowie NGOs intensiv mit der Frage beschäftigt, wie Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility) in der Steuerung von Unternehmen (Corporate Governance) verankert werden muss, damit sie mehr als ein Lippenbekenntnis wird.<sup>36</sup> Wenn die Nichtbeachtung von sozialen und ökologischen Kriterien zum Geschäftsrisiko wird oder Geschäftschancen verspielt werden, besteht dazu eine realistische Chance. Eine intelligente politische Rahmensetzung ermöglicht es Unternehmen, die eigenen Geschäftsinteressen mit der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft verknüpfen zu können. Der Emissionshandel und das Erneuerbare-Energien-Gesetz sind zwei Rahmensetzungen in diesem Sinne.

---

<sup>34</sup> Originalbericht in englischer Sprache, deutsche Zusammenfassung und Germanwatch-Pressemitteilung abrufbar unter <http://www.germanwatch.org/tw/oecdw-5y.htm>.

<sup>35</sup> Einen guten Eindruck von den Diskussionen vermittelt der in der taz vom 1.7.05 erschienene Konferenzbericht: <http://www.taz.de/pt/2005/07/01/a0128.nf/text.ges,1>

<sup>36</sup> Germanwatch hat 2004 gemeinsam mit Sustain ein Hintergrundpapier dazu erstellt (<http://www.germanwatch.org/rio/sustain04.htm>), 2005 ein weiteres den Gesprächsstand zusammenfassendes Papier (<http://www.germanwatch.org/rio/si05pos.htm>).

Die Akteure des Finanzmarktes haben eine Scharnierfunktion inne. Zunehmend sehen diese, dass Unternehmen, die sich nicht zukunftsfähig aufstellen, mittelfristig auch zum Finanzrisiko werden können – zumal wenn die politische Rahmensetzung dies unterstützt.

*Verantwortlich: Dustin Neuneyer, Cornelia Heydenreich, Christoph Bals, Klaus Milke, Kristina Steenbock*

## **2.4 Nachhaltig Investieren**

Kapital wird zunehmend mobil und entzieht sich seiner Sozialpflichtigkeit. Kurzfristige Gewinnerwartungen bewegen in Sekundenschnelle immer mehr Kapital über den Globus und schränken die soziale und ökologische Handlungsfähigkeit vieler Unternehmen und ganzer Volkswirtschaften ein. Langfristige, auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Kapitalanlagen bieten hingegen nicht nur die Chance auf sozialen und ökologischen, sondern mittelfristig auch auf ökonomischen Mehrwert. Wir wollen dazu beitragen, dass mehr Mittel in Bereiche fließt, die Menschenrechte, Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung und Klimastabilisierung stützen. Germanwatch setzt sich in Dialog und Kontroverse mit wichtigen Akteuren wie Versicherungen, Banken und Politik für entsprechende Aktivitäten und Rahmenbedingungen ein.

### **2.4.1 Die private mit der gesellschaftlichen Zukunftsvorsorge verknüpfen**

Vor etwas mehr als fünf Jahren begann es bei einem von Germanwatch durchgeführten Erfahrungsaustausch mit Vertretern britischer Organisationen im kreativen Rahmen einer kirchlichen Akademie. Der Gedanke hatte etwas Faszinierendes: Die Debatte um die Zukunft der Altersvorsorge in den Industriegesellschaften sollte mit Nachhaltigkeitsfragen verknüpft werden.

Nun hat langer Atem durch gezielte Gespräche und kontinuierliche Lobbyarbeit nach dem ersten Erfolg der Nachhaltigkeits-Berichtspflicht in der Riester-Rente eine weitere Erfolgsgeschichte daraus werden lassen. Jetzt müssen alle Pensionsfonds, Pensionskassen und betrieblichen Direktversicherungen offen legen, ob und wie sie ethische, ökologische und soziale Kriterien bei der Kapitalanlage berücksichtigen. Das entsprechende Gesetz ist am 29. August 2005 in Kraft getreten. Eine entsprechende Änderung wurde am Versicherungsaufsichts-Gesetz (VAG) § 115 (4) vorgenommen. Dort heißt es nunmehr:

"Der Pensionsfonds muss die Versorgungsberechtigten grundsätzlich schriftlich bei Vertragsschluss sowie jährlich schriftlich darüber informieren, ob und wie er ethische, soziale und ökologische Belange bei der Verwendung der eingezahlten Beiträge berücksichtigt."

Mehr Verbraucherschutz durch mehr Transparenz war eine der wichtigen Zielsetzungen dieser Gesetzesinitiative. Die Berichtspflicht wird hoffentlich das Vertrauen der Verbraucher in diese Anlageformen stärken. Gleichzeitig kann nun jeder Mensch, der über seine ganz persönliche Altersvorsorge nachdenkt, diese mit einer gesellschaftlichen Zukunftsvorsorge verknüpfen.

Germanwatch und das Forum Nachhaltige Geldanlagen waren die treibenden gesellschaftlichen Kräfte, die für diese Regelung geworben haben. Mit der neuen Regelung sind die Chancen weiter gestiegen, dass in Zukunft in Deutschland wesentlich mehr Geld auch nach sozialen und ökologischen Kriterien angelegt wird.

*Verantwortlich: Dustin Neuneyer, Christoph Bals, Klaus Milke*

## Altersvorsorge für die Umwelt

### Pensionsfonds müssen ökosoziale Kriterien beachten. Germanwatch: "Meilenstein"

Hermannus Pfeiffer

Erschienen in: taz vom 9.6.2005<sup>37</sup>

Verbraucher sollen bald selber entscheiden, was mit ihrem Geld für die betriebliche Altersvorsorge geschieht. Bislang bleibt es noch im Dunkeln, ob ein Pensionsfonds seine Renditen für die Rente mit Kinderarbeit und Kriegsrüstung verdient oder mit Bio-Eis und Babypuder. Pensionsfonds sollen darum ihre Versicherten einmal im Jahr informieren, ob und wie sie ökologische, ethische und soziale Belange mit den eingezahlten Beiträgen berücksichtigen. Diese erhöhte Transparenzpflicht ist Teil der siebten Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes, die der Deutsche Bundestag jetzt verabschiedet hat.

Für Klaus Milke ein "Meilenstein": Der Vizepräsident der Nichtregierungsorganisationen Germanwatch begrüßt die Reform. Man habe gemeinsam mit der rot-grünen Bundesregierung eine entscheidende Gesetzesänderung erwirkt. Neben Pensionsfonds müssen nun auch Pensionskassen und betriebliche Direktversicherungen jährlich offen legen, ob und wie sie es mit umweltfreundlichen Kriterien bei der Kapitalanlage halten. Sagen sie nein dazu, weiß der Kunde bescheid, sagen sie ja, muss alle zwölf Monate genau berichtet werden, nach welchen Prüfsteinen die Gelder angelegt werden. "Dann kann sich der Anleger selbst entscheiden, bei welchem Fonds er anlegt und welche Ziele er damit unterstützt", sagt die grüne Bundestagsabgeordnete Kerstin Andreae. Zuvor hatte der Bundestags-Finanzausschuss die Transparenzregelung mit rot-grüner Mehrheit, gegen die Stimmen der schwarz-gelben Opposition, angenommen.

In Deutschland war 2001 eine umweltfreundliche Berichtspflicht für private Riester-Renten eingeführt worden. Die betriebliche Altersvorsorge zieht nun gleich. Eine Gesetzesänderung war durch die EU-Pensionsfondsrichtlinie notwendig geworden, die auch den grenzüberschreitenden Verkauf von Rentenprodukten vorsieht. Ob der Bundesrat das im Bundestag einstimmig angenommene Gesetz passieren lässt, ist offen.

International hat sich die Berichtspflicht durchgesetzt, in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien hat sich die Öko-Transparenz gar zu einem Verkaufsschlager entwickelt. Alternative Rentenfonds gelten auch ökonomisch als attraktiv. Diese Entwicklung erhoffen sich die Grünen auch für den deutschen Markt, "denn das stärkt den Finanzplatz Deutschland". Klaus Milke: "Die Regelung schafft Anreize für nachhaltiges Investment."



Fachgespräch mit Finanzmarktexperten zum EU-Emissionshandel, organisiert von Germanwatch und UNEP-FI, Köln 2.4.04

<sup>37</sup> <http://www.taz.de/pt/2005/06/09/a0139.nf/text.ges,1>

## 2.4.2 Klimabezogene Chancen und Risiken für den Finanzmarkt

Für den Finanzsektor entsteht mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und dem Beginn des europäischen Emissionshandelssystems die Notwendigkeit, Unternehmen danach zu beurteilen, wie gut sie sich auf eine treibhausgasbegrenzte Zukunft einstellen. Unternehmen, die nicht durch geeignetes Risikomanagement reagieren, werden für Investoren zum Finanzrisiko. Bei anderen Unternehmen, die etwa durch den Klimaschutz ihre Effizienz steigern, entdeckt der Finanzmarkt hingegen neue ökonomische Chancen. Im deutschen Sprachraum sind diese neuen Tendenzen des Finanzsektors kaum bekannt, weder in der Öffentlichkeit noch bei Entscheidungsträgern in der Politik und oft auch nicht in den nur indirekt betroffenen Teilen der Wirtschaft. Deshalb hat Germanwatch im Rahmen der Klima-AUSBADE-Kampagne eine Broschüre für Entscheidungsträger und Presse zusammengestellt: Sie stellt diese neuen Entwicklungen dar und diskutiert Möglichkeiten, wie die Finanzwirtschaft weiterhin und noch verstärkt eine den Klimaschutz unterstützende Rolle spielen könnte.<sup>38</sup>

*Verantwortlich: Dustin Neuneyer, Christoph Bals, Sven Anemüller, Klaus Milke*

## 2.5 Die Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit unter der Lupe

Der Germanwatch-Arbeitsschwerpunkt Entwicklungsfinanzierung beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen für den Bereich der "klassischen" Entwicklungszusammenarbeit, ihren Inhalten und ihrer Finanzierung. So haben wir uns mit unseren Partnern schon 1998 und 2002 erfolgreich für den Erhalt der institutionellen Eigenständigkeit des BMZ eingesetzt, aber auch für eine Verstärkung der Finanzierung mit dem Ziel, die Bereitstellung von 0,7% des Bruttosozialproduktes zu erreichen.

Im Mai 2005 veröffentlichte Germanwatch eine Studie zur Entwicklungsfinanzierung<sup>39</sup>, deren Ergebnisse sich wie folgt zusammenfassen lassen: Die deutsche ODA-Quote<sup>40</sup> ist in den letzten fünf Jahren fast unverändert niedrig geblieben. Dass sie nicht einbrach, ist 2002 und 2003 auf den starken Anstieg der Schuldenerlasse, 2004 vor allem auf hohe Einzahlungen an Entwicklungsbanken der Vereinten Nationen zurückzuführen. Der Erlass der Irak-Schulden wird die Quote in den kommenden Jahren erhöhen und die Erreichung des Ziels von 0,33% im Jahr ermöglichen. Ohne Gegenmaßnahmen erfolgt der Einbruch dann etwa 2009. Für die Erreichung von entwicklungspolitischen Zielen wie der Millenniums-Entwicklungsziele ist aber nicht die ODA im allgemeinen, sondern im besonderen "frisches Geld" entscheidend (Technische Zusammenarbeit, Finanzielle Zusammenarbeit, Europäischer Entwicklungsfonds), dessen Anteil an der deutschen ODA seit 2001 gesunken ist. Wenn sich hier nicht Entscheidendes ändert, werden weder die Millenniumsziele noch die im März 2005 von Bündnis 90 / Die Grünen und der Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Ziel formulierten 0,5% für 2010 oder gar 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für 2014/15 erreicht werden.

*Verantwortlich: Ludger Reuke*

## 2.6 Kooperation mit Worldwatch: Partnerschaft auf der Suche, Sicherheit neu definieren und Konsum neu gestalten

Gemeinsam mit dem Worldwatch Institute haben wir in den letzten 24 Monaten durch verschiedene Aktivitäten getestet, ob wir im europäischen und transatlantischen Dialog ein stärkeres Profil entwickeln können.

Unter dem Titel "Herausforderung nachhaltiger, klimaverträglicher Konsum – ein strategischer Beitrag zur europäischen und transatlantischen Umweltdebatte" haben wir mit Unterstützung des Bundes-

<sup>38</sup> <http://www.germanwatch.org/rio/si05hg.htm>

<sup>39</sup> Die deutschen ODA-Leistungen 2000 bis 2003/2004. Herkunft der Mittel, "Erstempfänger", Entscheidungen über Weiterverwendung. <http://www.germanwatch.org/ez/oda05.htm>

<sup>40</sup> Die Official Development Assistance (ODA) ist die Summe der öffentlichen Leistungen, die vom Development Assistance Committee (DAC) in der OECD als entwicklungsrelevant anerkannt sind. Die ODA-Quote ist das Verhältnis der ODA-Leistungen zum BNE, dem Bruttonationaleinkommen, das seit 1998 international an die Stelle des Bruttosozialprodukts getreten ist.

umweltministeriums und der Stiftung Zukunftsfähigkeit ein Dialogprojekt mit Akteuren in Europa und den USA aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft durchgeführt.

Dieses Projekt war eine Folgeaktivität nach der Veröffentlichung des zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Worldwatch herausgegebenen Berichtes "Zur Lage der Welt 2004 – Die Welt des Konsums", für den Dietrich Brockhagen das Germanwatch-Kapitel über "Klimafreundliches Fliegen" verfasste. Das Projekt wurde mit einem gewichtigen Round Table und Inputs für den Frühjahrsgipfel der EU in Brüssel abgeschlossen.



Vorstellung des Berichtes "Zur Lage der Welt 2005" durch Bundesaußenminister Fischer, Berlin 27.4.05

Die Präsentations-Veranstaltung des deutschen Berichtes *Zur Lage der Welt 2005 – Globale Sicherheit neu denken*<sup>41</sup> am 27. April 2005 im Außenministerium zusammen mit Minister Joschka Fischer bildete den Auftakt für eine Reihe von Kooperationsveranstaltungen zu diesem Thema mit Worldwatch-Koordinator Michael Renner.

Wichtig zu nennen ist auch die Zusammenarbeit rund um das Energie- und Klimathema und die Erneuerbaren-Konferenz Anfang Juni 2004 in Bonn – dabei ergänzten sich Worldwatch und Germanwatch als Teams in hervorragender Weise. Diese Phase der ganz besonders intensiven Zusammenarbeit mit Worldwatch in den letzten 24 Monaten brachte rückblickend sehr viel wertvolle Erfahrungen, neue Kontakte auf allen Ebenen und neue politische Reichweiten. Doch stellt die Kooperation und die Kommunikation gleichzeitig sehr anspruchsvolle Anforderungen und macht im Grunde zusätzliche Kapazitäten erforderlich. Wir werden prüfen, ob wir die Zusammenarbeit auf dem bisherigen Niveau halten können, streben eine Fortsetzung aber an.

*Verantwortlich: Klaus Milke, Brigitte Kunze, Christoph Bals, Anja Köhne, Kristina Steenbock*

## Bericht zur Lage der Welt – Globale Sicherheit Neu Denken

Im April 2005 stellten Worldwatch Institute, Germanwatch und Heinrich Böll Stiftung in bewährter Zusammenarbeit die deutsche Ausgabe des jährlichen „Bericht zur Lage der Welt“ vor, der sich dieses Jahr unter dem Titel „Globale Sicherheit Neu Denken“ mit einer umfassend erweiterten Neudefinition des Sicherheitsbegriffs beschäftigt. Sicherheit wird dabei als Sicherheit für alle Menschen und unter Einbeziehung auch der „neuen Sicherheitsrisiken“ wie z.B. den direkten und indirekten Bedrohungen durch den Klimawandel verstanden. Der von Anja Köhne verfasste Beitrag von Germanwatch zum diesjährigen Bericht befasste sich mit der Frage, inwieweit die sich immer stärker ausprägende Sicherheitspolitik auf EU-Ebene schon einen erweiterten Sicherheitsbegriff berücksichtigt.

Die Vorstellung des Berichts in Deutschland erfolgte im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem und im Auswärtigen Amt, auf der Bundesaußenminister Joschka Fischer die Eröffnungsrede hielt. Die Herausgeber wurden von Chris Flavin (Präsident des Worldwatch Institute), Anja Köhne (Germanwatch-Vorstandsmitglied) und Ralf Fücks (Vorstandsmitglied der Heinrich Böll Stiftung) vertreten.

<sup>41</sup> Leseproben und weitere Infos siehe <http://www.germanwatch.org/zldw.htm>

## 2.7 Die Stiftung Zukunftsfähigkeit

Die wichtigste Funktion der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit<sup>42</sup> in den zwei zurückliegenden Berichtsjahren war erneut die finanzielle Förderung von Germanwatch.

Aus dem Kuratorium und Beirat kamen viele wichtige Anregungen, nicht nur für die Arbeit der Stiftung, sondern auch von Germanwatch. Einen wichtigen Akzent zu Anfang des Berichtszeitraums setzte die als Kooperationsveranstaltung mit Germanwatch und der KfW-Entwicklungsbank am 16.12.03 durchgeführte Stiftungsversammlung mit dem Titel: "Wo steckt noch Dynamik für mehr



Diskussionsrunde anlässlich der Stiftungsversammlung am 16.12.03. V.l.n.r.: Hossein Moeini, Ignacio Campino, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Chris Flavin, Michael Windfuhr

Nachhaltigkeit? – Zur Überwindung der Blockaden in der internationalen (Umwelt-)Politik und im Nord-Süd-Verhältnis". Unter der Moderation von Ernst Ulrich von Weizsäcker führten der Präsident des Worldwatch-Institutes Chris Flavin, Michael Windfuhr von Germanwatch, Hossein Moeini von der UN-Vertretung des Iran und Ignacio Campino von der Deutschen Telekom eine interessante Diskussion.

Großen Einsatz zeigte die Stiftung auch bei der Weltkonferenz für Erneuerbare Energien "Renewables 2004" (s.o.). So organisierte sie etwa ein hochkarätig besetztes Special Dinner im Alten Rathaus in Bonn zum Thema: "China, Climate and Renewables – Perspectives for Global Sustainability".

Die Stiftung war in den zurückliegenden Monaten neben Germanwatch auch intensiv in der Diskussion zur Weiterentwicklung der Worldwatch European Partnership insbesondere zusammen mit Chris Flavin beteiligt.

Im Laufe des Jahres 2004 nahmen parallel die Beratungen zum Konzept "Klimafreundlich fliegen" bzw. "atmosfair" (s.o.) und zur Rolle der Stiftung beim nächsten Schritt hin zu einer gemeinnützigen GmbH zu. Diese Intention konnte nach einem erfolgreichen Spendenaufruf zur Einwerbung des erforderlichen Gesellschaftskapitals mit der Gründung am 10. Mai 2005 zum Erfolg geführt werden. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist jetzt alleiniger Gesellschafter von atmosfair.

Mit viel Vorbereitung war die als Gemeinschaftsveranstaltung mit der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung organisierte Jahresversammlung 2005 verbunden. John Ashton, Gret Haller, Oystein Dahle, Dirk Messner und Andrzej Kassenberg gaben viele innovative Anregungen zum Thema "Nachdenken über Weltverantwortung".<sup>43</sup> Ein weiteres Special Dinner mit Klimaverhandlern der G77 + China und der EU organisierte die Stiftung im Alten Rathaus in Bonn am 22.5.2005 am Rande der UN-Klimaverhandlungen.

Immer wieder zeigt sich, dass die Stiftung internationale Moderationsaufgaben besser als eine NGO wahrnehmen kann. Dadurch entwickelt sie neben ihrer Rolle als Unterstützer zunehmend ein eigenes Profil.

*Verantwortlich: Klaus Milke, Christoph Bals, Johanna Holzhauser, Susanne Nolden,*

<sup>42</sup> <http://www.stiftungzukunft.de>

<sup>43</sup> <http://www.sue-nrw.de/sue-nrw/aktuelles/nachricht.php?id=64&typID=3>

## **3 Entwicklung des Vereins**

Die Mitglieder und Fördermitglieder sind das Rückgrat von Germanwatch. Dies gilt für die ExpertInnen unter ihnen genauso wie auch für jene, die den Verein in erster Linie finanziell unterstützen: Die Qualität unserer Arbeit profitiert enorm von der ehrenamtlichen Zuarbeit durch sehr kompetente Mitglieder und das verplanbare "freie Geld" der Mitglieder und Förderer ist die Grundlage, um unseren Eigenanteil für unsere vielen Projektanträge nachweisen zu können. Und es ist – neben den regelmäßigen Überweisungen der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit – die Grundlage für unsere Unabhängigkeit. Die Attraktivität für unsere Mitglieder und Förderer weiter zu steigern, ist ein zentrales Ziel für die kommenden Jahre. Vorstand und MitarbeiterInnen bedanken sich ganz herzlich bei allen, die Germanwatch regelmäßig unterstützen.

Im dritten Quartal 2005 hatte Germanwatch 332 Mitglieder, 121 Fördermitglieder und vier Ehrenmitglieder. Hinzu kommen 89 Klima- und Handelskampagneros sowie regelmäßige Spender. Insgesamt gibt es somit über 500 Menschen, die Germanwatch regelmäßig unterstützen.

### **3.1 Geschäftsstellen und MitarbeiterInnen**

#### **3.1.1 Finanzielle Herausforderungen**

Germanwatch hat 2005 nach einer Phase schnellen Wachstums einen Konsolidierungskurs begonnen. Im Laufe der vergangenen Jahre waren die Einnahmen durch Projektmittel sehr schnell gewachsen, die Einnahmen von nicht an ein bestimmtes Projekt gebundenen "freien" Geldern wuchs jedoch nicht in gleichem Umfang. Diese freien Gelder sind jedoch zentral, um einerseits die nicht projektgebundenen MitarbeiterInnen (Geschäftsführung, Sekretariat, Finanzmanagement usw.) zu bezahlen, andererseits um die Eigenanteile in den Projektanträgen aufbringen zu können.

Die im Jahr 2005 eingeleitete Reaktion des Vorstandes auf diese Situation steht auf zwei Beinen. Erstens wurde ein Sparkurs mit Schwerpunkt auf den Einsatz freier Gelder durchgeführt. Zweitens wurden verschiedene Prozesse initiiert, um den Anteil an freien Geldern mittelfristig zu steigern.

Germanwatch hält auch im Rahmen des eingeleiteten Konsolidierungskurses weiter an der Konzeption fest, sowohl in Bonn – internationales Zentrum und UN-Stadt – als auch in der Bundeshauptstadt Berlin ein Büro zu haben. Vom Büro Bonn aus sollen auch die vielfältigen Aktivitäten in NRW, insbesondere des NRW-Promotorenteams "Klima und Entwicklung", weitergeführt werden.

Durch die neuen Regierungen auf Bundesebene und in NRW kommen finanzielle Unwägbarkeiten auf Germanwatch zu. Generell gehen wir aber davon aus, dass wir auch eine neue Regierung durch die Qualität unserer Arbeit überzeugen können. Schwierigkeiten könnten vor allem auftreten, wenn die Bereiche Entwicklung und Umwelt generell zurückgefahren werden.

#### **3.1.2 Der Vorstand von Germanwatch 11/2003-11/2005**

Geschäftsführender Vorstand:

- Vorstandsvorsitzender: Michael Windfuhr (Entwicklungspolitik, TradeWatch/Agrar)
- Stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister: Klaus Milke (Klimaverantwortung / Dialog mit der Wirtschaft, Nachhaltiges Investment, Flugverkehr)

Weitere Mitglieder des Vorstandes:

- Dörte Bernhardt (Lokale Agenda 21, Gender, Germanwatch-Zeitung)
- Johanna Holzauer (Medien, NRW-Fragen)
- Anja Köhne (Klimapolitik; EU-Umwelt-, Entwicklungs- und Außenpolitik; Transatlantische Beziehungen)

- Nicole Sasse (Finanzen, Fundraising)
- Kristina Steenbock (Global Governance, TradeWatch/WTO, KodexWatch)
- Beatrix Waldenhof (Entwicklungspolitik; war zu einem großen Teil der Berichtszeit im Ausland)

### 3.1.3 MitarbeiterInnen

Zur Zeit arbeiten 14 MitarbeiterInnen in den Büros von Germanwatch in Bonn und Berlin. Dies sind:

- Sven Anemüller (Referent Klima und Entwicklung, Koordinator Klima-Ausbade-Kampagne, Bonn)
- Christoph Bals, (Politischer Geschäftsführer, Bonn)
- Inka van Bergen (Finanzreferentin, Bonn)
- Ljiljana Djuric (Sekretariat, Berlin)
- Cornelia Heydenreich (Referentin Unternehmensverantwortung, Berlin)
- Kerstin Lanje (Referentin Welthandel und Welternährung, Bonn)
- Sarah Kahnert (Referentin Welthandel, Berlin)
- Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer, Bonn)
- Maja Nowak (Freiwillige aus den USA, Bonn)
- Dustin Neuneyer (Referent Nachhaltiges Investment, Bonn)
- Ludger Reuke (Referent Entwicklungspolitik, Bonn)
- Andrea Taubert (Sekretariat, Bonn)
- Manfred Treber (Referent Klima und Verkehr, Bonn)
- Ralf Willinger (Pressereferent, Berlin)



Oben (v.l.n.r.): Christoph Bals, Kristina Steenbock, Michael Windfuhr, Klaus Milke, Ralf Willinger

2. Reihe: Ljiljana Djuric, Nicole Sasse, Anja Köhne, Dustin Neuneyer, Manfred Treber, Ludger Reuke

Unten: Cornelia Heydenreich, Sarah Kahnert, Kerstin Lanje, Gerold Kier, Andrea Taubert, Dörte Bernhardt, Sven Anemüller, Inka van Bergen

Christoph Bals, Gerold Kier, Sven Anemüller, Manfred Treber und Dustin Neuneyer führen als NRW-Promotorenteam Klima und Entwicklung zahlreiche Aktivitäten in NRW durch. Die Klimaexpedition, die Kooperationen mit dem Eine Welt Netz, Kooperationen mit Entwicklungsorganisationen und viele Dialogveranstaltungen mit der Wirtschaft.

Ergänzt wird das feste Team einerseits immer wieder durch Honorarkräfte und regelmäßig durch höchst motivierte PraktikantInnen.

Im Berichtszeitraum haben folgende MitarbeiterInnen Germanwatch verlassen:

- Brigitta Herrmann (Referentin für Welthandel und Welternährung, 12/2003-03/2005)
- Britta Horstmann (Referentin für Klimaschutz und Entwicklung, Koordinatorin Klima-AUSBADE-Kampagne, 9/2001-12/2004)
- Brigitte Kunze (Geschäftsführerin, 05/2002-06/2005)
- Oliver Ness (Referent für Welthandel, 12/2004-03/2005)
- Laura Radosh (Geschäftsführungsassistentin, 03/1997-09/2005)
- Marita Wiggerthale (Leiterin TradeWatch, 06/2002-05/2004)

Wir bedanken uns bei allen für die gute Zusammenarbeit und die wichtigen Beiträge zu unseren Erfolgen!

### 3.2 Öffentlichkeits- und Pressearbeit

Mit zahlreichen Veranstaltungen<sup>44</sup> und Veröffentlichungen<sup>45</sup> richtete sich Germanwatch an die Öffentlichkeit. Besonders hervorzuheben sind hier:

- Unsere Pressemitteilungen<sup>46</sup>, die in einer überaus guten Medienresonanz mündeten – einige Beispiele hierfür wurden im vorliegenden Bericht aufgeführt.
- "Periodika" von Germanwatch: Die zu wechselnden Themen erstellte Germanwatch-Zeitung<sup>47</sup> wurde jeweils an einen Postverteiler von über 10.000 Abonnenten verschickt sowie als Beilage zur taz mit einer Auflage von jeweils rund 85.000 Exemplaren verbreitet. Der E-Mail-Informationsdienst KlimaKompakt<sup>48</sup> brachte Berichte über Klimaschutz aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft – er wurde jeweils an über 3000 Abonnenten verschickt. Die sowohl per E-Mail (über 1700 Abonnenten) als auch per Post (über 450 Abonnenten) verschickte Zeitschrift Blickpunkt WeltHandel<sup>49</sup> berichtete über ein breites Themenspektrum rund um WTO und Welthandelsfragen.
- Die Internetseite [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) – dort sind praktisch alle Germanwatch-Veröffentlichungen kostenlos abrufbar. Sie verzeichnet derzeit rund 300.000 Besuche jährlich – die Anzahl der Besuche steigerte sich im Berichtszeitraum um jeweils über 30% pro Jahr.



<sup>44</sup> Umfangreiches Termin-Archiv siehe <http://www.germanwatch.org/termine/alt.htm>

<sup>45</sup> Liste der Veröffentlichungen und Bestellformular siehe <http://www.germanwatch.org/pub/druck.htm>

<sup>46</sup> <http://www.germanwatch.org/presse>

<sup>47</sup> <http://www.germanwatch.org/zeitung>

<sup>48</sup> <http://www.germanwatch.org/kliko>

<sup>49</sup> <http://www.germanwatch.org/tw/bpwh.htm>

### **3.3 Ausblick**

Im Dezember 2005 werden verschiedene unserer MitarbeiterInnen einerseits zum UN-Klimagipfel nach Montreal, andererseits zur nächsten WTO-Verhandlungsrunde nach Hongkong fliegen – natürlich mit atmosfair<sup>50</sup>. Der Ausgang dieser beiden Konferenzen wird wichtige Weichenstellungen für unsere zukünftige Arbeit mit sich bringen.

Mit vielen neuen Mitgliedern des Bundestages und der Regierung werden wir in den kommenden Wochen Kontakt aufbauen, um unsere Schlüsselthemen Welthandel und Ernährungssicherung, Klimawandel, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit und Finanzmarkt sowie Entwicklungsfinanzierung voranzutreiben. Wir haben hierzu einige mehrjährige Projekte geplant, für die wir bei Stiftungen, bei der EU und bei Bundesministerien finanzielle Unterstützung beantragt haben, um diese Themen weiterhin intensiv und professionell bearbeiten zu können.

Wir werden viele unserer Aktivitäten im kommenden Jahr auf die Millenniumsentwicklungsziele und die UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" beziehen.

Und wir hoffen weiter auf die inhaltliche und finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder und Förderer/innen – mit ihrer Unterstützung setzen wir alles daran, auch in Zukunft Unterschiede zu bewirken, die einen Unterschied machen!

---

<sup>50</sup> siehe <http://www.atmosfair.de>